

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 37 SONNTAG, 25. Februar 1934

Aus dem Inhalt:
Deutsche Stadt, braun angemalt
Das rote Wien kommt wieder
Die braunen Bonzen bereichern sich
Die Opfer der Heimwehrgalgen

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Galgen und Richtblock

Die deutsche Gegenrevolution bedroht Europa

Zwei deutsche Regierungen — in Berlin und Wien — jede beschuldigt die andere des Mordes, des Staatsstreiches, des Verfassungsbruchs!

Die Regierung Dollfuß hat die österreichischen Arbeiter solange mit dem Raub aller Rechte bedroht, bis ihre revolutionäre Vorhut sich zum Verzweiflungskampf erhob. Die Regierung Dollfuß antwortete darauf mit Artillerie gegen Frauen und Kinder und mit dem Galgen, an den sie Verwundete von der Bahre emporziehen ließ.

Aber das ist noch immer nicht der Gipfel der Schenblichkeit. Der ist erst damit erreicht, daß die Hitler, Habicht und Göring ihre Stimmen erheben, um die Opfer zu betrauern und die Mörder anzuklagen.

Wenn Hitler Meuchelmördern Glückwunschtelegramme schickt, wenn Göring einen Dimitroff im Gerichtssaal mit der Ermordung bedroht, dann sind sie leichter zu ertragen, denn dann geben sie sich wie sie sind. Aber wenn sie angesichts der blutigen Leichen ermordeter Arbeiter trauer heucheln, wenn sie andere des Mordes, des Staatsstreiches, des Verfassungsbruchs bezichtigen, wenn sie respektvoll aufhorchenden, höflich sich verneigenden Reportern versichern, sie reizierten menschenfreundlich und ohne Zwang allein durch die siegreiche Kraft ihrer Ueberzeugung und sie verabscheuten jedes Blutvergießen, dann — — — ja dann liest man in denselben englischen Blättern, die solche Interviews veröffentlichen, daß der Lordsiegelbewahrer Eden wegen der Abrüstungsfrage in Berlin gewesen ist und daß die Unterhaltungen in einem außerordentlich freundschaftlichen Ton geführt worden sind!

Die Regierungen von Berlin und von Wien nennen einander Mörderregierungen. Unbeschwert von moralischen Bedenken behandeln die Kabinette Europas sie beide als Figuren eines diplomatischen Schachspiels.

Der „Landesinspekteur“ der aufgelösten nationalsozialistischen Partei Habicht richtet über alle deutschen Sender an die Regierung Dollfuß ein Ultimatum, ablaufend am 28. Februar, 12 Uhr mittags. Er spricht zugleich aus, daß die Wiener Regierung im Auftrag einer fremden Regierung deutsches Blut vergossen hat.

Der Konflikt um Oesterreich zwischen den beiden faschistischen Großmächten Italien und Deutschland ist damit offenbar geworden. Weder die römische, noch die Berliner Presse versucht, ihn zu verbergen.

Die ungarische Regierung — in betontem Gegensatz zu Berlin — schickt Orden nach Wien und empfängt den Italiener Suvich wie einen Triumphator.

Ein italienisch - österreichisch - ungarischer Block zeichnet sich deutlich vom Horizont ab. Aber ein neues verkleinertes Oesterreich-Ungarn unter italienischer Patronanz ist für die Kleine Entente — Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien — unerträglich. Ihr Plan ist die Donauföderation, die durch Oesterreich und Ungarns Teilnahme die sonst fehlenden Verbindungsstücke erhält.

Hinter der Kleinen Entente steht Frankreich.

Frankreich und die Kleine Entente sind mit Italien einig darin, daß es keinen Anschluß Oesterreichs an Deutschland geben darf. Für sie alle ist das reichsdeutsche Ultimatum an Oesterreich eine unerhörte Herausforderung.

Frankreich, Italien, England haben eine gemeinsame Erklärung für die Unabhängigkeit Oesterreichs erlassen. Aber England distanziert sich. Es schreckt vor einer neuen Verwicklung in die Angelegenheit des Kontinents zurück.

Und wenn morgen, übermorgen, eine nationalsozialistische Regierung in Wien entsteht und wenn sie ein Papier unterschreibt, daß sie von Berlin ganz unabhängig ist — was dann?

Hitler und Dollfuß haben fast alles, was von Europa deutsch ist, zum Schauplatz der brutalsten Gegenrevolution gemacht. Sie haben ein Regiment des Galgens und des Richtblocks aufgerichtet, sie beschuldigen sich gegenseitig des Mordes, des Staatsstreiches, des Verfassungsbruchs. Und sie haben in der Tat beide an der Arbeiterklasse und am ganzen

deutschen Volke die furchtbarsten unsühnbarsten Verbrechen begangen. Sie haben das beide getan mit patriotischen Phrasen im Maul, und sie lassen sich beide dafür als Retter ihrer Vaterländer und als politische Wundertäter feiern.

Aber je lauter sie ihre Lügen in die Welt hinausposaunen, desto stärker wird auch hüben und drüben das Klirren der Waffen, das schließlich alle menschlichen Stimmen übertönen wird. Wie fern, wie nah ist der Tag, an dem alle großen und kleinen Diktaturen in einem Meer von Blut ertrinken werden?

Allgemeine deutsche Wehrpflicht

Aushebung und Ausbildung der 18- bis 35-jährigen

Die Kriegsvorbereitungen des Hitlerregimes gehen weiter. Nachdem praktisch Rüstungsfreiheit in Europa herrscht, bemüht sich das Hitlerregime gar nicht mehr um eine Verdeckung seiner Vorbereitungen. Es führt praktisch die Wehrpflicht wieder ein und bildet 17 Altersklassen militärisch aus.

Vor uns liegt ein Gestellungsbefehl der Standarte 43 aus Königsberg vom 23. Januar. Er lautet:

„Jeder deutsche Mann hat in Zukunft die Pflicht, seine ganze Kraft dem Vaterland zur Verfügung zu stellen. Wer sich nicht einsetzt für das Aufbauwerk der Regierung, hat keinen Anspruch mehr auf Arbeit und Brot und wird als Saboteur und Landesverräter behandelt.“

Durch Befehl der Obersten SA-Führung sind alle 18- bis 35jährigen wehrfähigen Männer zu Sportabteilungen zusammenzuschließen und unter Führung von SA-Führern sportlich und politisch zu schulen. Jeder in eine Sportabteilung eingegliederte Volksgenosse wird durch SA-Aerzte auf seine Tauglichkeit untersucht. Für die Spätkommen nicht in Frage: SA, SS und Amtswalter.

Sie sind der Sportabteilung des Sturms x/43 zugeteilt und haben sich erstmalig am ... um... Uhr (Ort)... zum Dienst zu melden.

Eine Weigerung dem Befehl Folge zu leisten, zieht Zwangsvorführung nach sich.

Der Führer der Standarte 43
F. d. R. gez. Denzler

Der Führer des Sturm x/43 Standartenführer
Dieser Gestellungsbefehl ist ein Beweis für das, was jedermann weiß, worüber man aber in Europa nicht gern spricht. Nichtangriffsverträge einerseits, Massenausrüstung andererseits — so wird der neue Krieg vorbereitet. Die Nichtangriffsverträge dienen der Vorbereitung der Propaganda der eigenen Unschuld, die Rüstungen der Kriegsführung. Es paßt beides ausgezeichnet zusammen.

Was Göring haben muß

„Ich muß zwischen dreißig und vierzig Prozent der gesamten Flugzeugstärke der Nachbarländer Frankreich, Belgien, Polen und Tschechoslowakei haben.“ Also sprach Göring zu einem Sonderberichterstatter der „Daily Mail“.

Er kann in aller Ruhe eine solche Forderung stellen. Wer in Europa bewaffnete Haufen bildet, auf alle Verträge pfeift und brutal den neuen Krieg vorbereitet — der kann sich darauf verlassen, daß Europa geduldig zusieht!

Deutschland und Rußland

„Der Reichswart“ des Nationalsozialisten Graf Reventlow, hetzt gegen Sowjetrußland: „Das Vorhandensein einer russisch-französischen Militärabmachung würde für Deutschland den politischen Aspekt der europäischen Lage von Grund aus ändern. Rußland wäre damit für uns in die Reihe der Gegner des deutschen Reiches getreten.“

Daß es sich mit dem französisch-russischen Militärbündnis um eine zwischen den beiden Regierungen bereits fertige Tatsache handelt, unterliegt kaum einem Zweifel. Ebenso unzweifelhaft schafft diese Tatsache für die deutsche Außenpolitik eine neue Lage; „a new departure“, wie man in England sagt.“

Der „Reichswart“ war einst für das Bündnis mit Rußland. Jetzt will er davon herunter und liefert Vorarbeit für die künftige deutsche Kriegspropaganda gegen Sowjetrußland.

Der Fall Löbe

Das Interview mit Paul Löbe, das die „Libre Belgique“ am 13. Februar veröffentlichte, gehört zweifellos zu den wirkungsvollsten Schurkenstreichen, die jemals von der gerissenen Göbbelspropaganda verübt worden sind. In Deutschland hält ein Teil der aufrecht gebliebenen Arbeiter das Ganze freilich für Schwindel; ein anderer Teil aber, der das Interview ernst nimmt, hält mit den stärksten Ausdrücken der Entrüstung nicht zurück.

Diese Entrüstung ist verständlich und — wenn das Interview echt ist — berechtigt. Niemand verlangt von den in der deutschen sogenannten Freiheit befindlichen ehemaligen Führer der Sozialdemokratie Teilnahme an einer politischen Arbeit, die durch ihre Beteiligung nur gefährdet werden könnte. Was aber unbedingt von ihnen gefordert werden muß, ist, daß sie sich nicht zu Reklame-

figuren und Propagandainstrumenten des Regimes herabwürdigen lassen. Tragen sie auch nur das Geringste dazu bei, einen solchen Mißbrauch zu ermöglichen, dann bringen sie sich um jede persönliche Achtung und brennen sich selber das Brandmal des Verrats auf die Stirne. Angesichts des Heldenkampfes der österreichischen Sozialdemokraten, angesichts der stilleren, aber nicht weniger bewundernswerten Heldentaten der revolutionären Propaganda in Deutschland, angesichts der namenlosen Schändlichkeiten, die an unseren eingekerkerten Brüdern und Schwestern verübt werden, erscheint jedes Komplimentieren vor dem derzeit herrschenden System als eine schändliche Handlungsweise, zu deren Verurteilung kein Wort zu scharf ist.

Wir erwarten, daß Löbe trotz aller Schwierigkeiten Mittel und Wege finden wird, um jede Verantwortung für den Inhalt des Interviews abzulehnen. Sollte

er aus inneren Gründen dazu nicht imstande sein, so würde alles, was hier allgemein ausgeführt wurde, auf seinen Fall angewendet werden müssen.

Mörder als Belastungszeugen

Vor der Großen Strafkammer in Darmstadt findet zur Zeit ein Prozeß gegen 43 Angeklagte, meist frühere Reichsbannerleute, statt, die unter der Anklage des Landfriedensbruchs stehen. Es ist ein Racheprozeß gegen erwiesenermaßen Unschuldige. Am Montag dem 6. März 1933, berichteten selbst die bürgerlichen Blätter, daß in Oberramstadt in Hessen Reichsbannerleute von mit Revolvern bewaffneten Nazis auf dem Marktplatz überfallen worden seien, wobei ein Reichsbannermann getötet und zwei weitere sehr schwer verletzt wurden.

Die Ueberfallenen werden jetzt an-

gekragt und, nach den Plänen der Staatsanwaltschaft, zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt, während die Mörder ihnen als Belastungszeugen den Strick drehen dürfen!

Demonstration am Grabe 4000 Genossen bei der Beerdigung des Genossen Mäder.

Der frühere sozialdemokratische Landtagsabgeordnete, Genosse Mäder-Altenburg, ist kürzlich gestorben. An seiner Beerdigung, die am 19. Januar stattfand, beteiligten sich annähernd 4000 Menschen aus den verschiedensten Orten. Selbst aus Chemnitz waren Teilnehmer erschienen. Einige Kranzträger, die Kränze mit roten Schleifen trugen, wurden von der Polizei sistiert. An der Beerdigung durften nur 200 Personen teilnehmen, die übrigen wurden „abgedrängt“. Die Polizei bemüht sich krampfhaft, zu erfahren, wie es möglich war, daß der Tod Mäders bekannt wurde und daß die Benachrichtigung seiner politischen Freunde so rasch und gründlich gelang.

Göring gegen Hitler

Die Sowjetregierung hat den in Leipzig freigesprochenen Bulgaren Dimitroff, Popoff und Taneff das russische Staatsbürgerrecht gegeben. Damit sind alle Vorwände für die weitere Gefangenschaft der drei zerstört.

Der Reichskanzler Hitler hat einem Korrespondenten der „Daily Mail“ erklärt, daß die drei Bulgaren sicherlich freigelassen und außerhalb der deutschen Grenze gebracht werden würden. „Das Gericht hat gesprochen, der Spruch wird erfüllt.“

Von Hitler ging der Zeitungskorrespondent zu Göring, um ihm dieselbe Frage zu stellen wie Hitler. Im vollen Gegensatz zu Hitler erklärte ihm Göring:

„Jetzt ist er sicher hinter Schloß und Riegel. Er wird dort auf jeden Fall vorläufig bleiben. Dort ist er am besten aufgehoben. Ein solcher Mann ist zu gefährlich, als daß man ihn auf die Gesellschaft loslassen könnte. Sein Leben und seine Gesundheit sind nicht in Gefahr und er befindet sich so wohl, wie es im Gefängnis möglich ist.“

Die Leser der „Daily Mail“ und mit ihnen die ganze Welt erhalten die Doppelzüngigkeit des Hitlerregimes vorgeführt. Die Willkür der Despotie herrscht in Deutschland. Es gibt nicht nur den einen Despoten Hitler, sondern jeder Despot tut was er will!

Ein Landesverräter verleumdet Deutschland

Für die „Westfälische Landeszeitung“ dichtet Heinrich Haslände dieses „Westfälische Waffenedel“:

Der große Krieg mit aller Welt
Bracht unser Volk in Frons.
Wir sind im neuen braunen Kleid
Die alten Bataillone.
Heiho, dem Führer und dem Land,
Der Freiheit ihre Krone.
Wir sind im braunen Waffenedel,
Die alten Bataillone.

Bekanntlich haben die Herrschaften im „neuen braunen Kleid“ nicht die geringste militärische Bedeutung. Das kann man in allen amtlichen Denkschriften lesen mit dem Hinzufügen, daß entgegengesetzte Behauptungen nur auf das landesverräterische Treiben von Emigranten zurückzuführen seien. Somit ist offenbar auch dieser Herr Haslände ein Verleumder Deutschlands und ein Landesverräter.

Dollfuß verbietet uns

Hitlers Kollege Dollfuß gegen die
Wahrheit.

Die Fey, Starhemberg, Dollfuß und Konsorten haben die Verbreitung des „Neuen Vorwärts“ in Oesterreich auf ein Jahr verboten.

Das Verbot ist für uns eine Ehre! Wir bekämpfen den Faschismus aller Schattierungen. Dollfuß, der vorgibt, gegen den Hitlerfaschismus zu kämpfen, unterwirft Oesterreich dem Heimwehrfaschismus. Der Mann, der sich als Schützer des Friedens in den Hauptstädten Europas aufgespielt hat, hat Arbeiterhäuser mit Kanonen beschießen lassen, er läßt Freiheitskämpfer hängen. Er kann die Stimme der Wahrheit so wenig vertragen wie Hitler.

Das Verbot des Dollfuß hemmt uns ebensowenig wie der Haß und die Verfolgungen der Hitler und Göring.

Das rote Wien kommt wieder!

„Wir lassen uns nicht einschüchtern und auch nicht provozieren“. Dieses Wort, zur Staatsgewalt hin abweisend, in die Volksmassen hinein beruhigend und willensstärkend — alle alten österreichischen Genossen kennen es als die Lehre ihres Führers Viktor Adler.

Er hatte wahrlich oft genug Anlaß, so zu sprechen. Ueber ein Menschenalter hat die österreichische Arbeiterschaft, geweckt und geführt von der Sozialdemokratie, um das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht mit dem Staate gerungen. Von jenem ersten Massenaufmarsch in Wien 1869, dessen Anreger und Leiter nachher in den Kerker wandern mußten, bis zur Einführung dieses Wahlrechts 1906 — welche Folge von Werbung und Aufklärung, von rednerischer und schriftstellerischer Ueberzeugungsarbeit, die nicht nur die Masse rief, sich ihr Recht zu erkämpfen, sondern auch die Mächtigen beeinflussen wollte, freiwillig zu gewähren, was zu verweigern noch weit mehr kosten würde.

Es gab lange Pausen in diesem Kampf, durch harten Zwang oder durch eigenen Mißmut herbeigeführt. In den Achtzigerjahren glaubte man es Bismarck nachmachen zu müssen. Zuerst reizte man die Arbeiter durch Schreckensurteile gegen ihre Wortführer zu Attentaten an der Rechtsordnung Irrgewordener, Lockspitzel halfen fleißig nach, wo die Vernunft noch ein Hindernis bildete. Dann aber drückte man einfach auf die Klinke der Gesetzgebung oder griff zum Verwaltungsknüppel und trieb jede Betätigung der Massen in die Illegalität, um sie desto schärfer verfolgen zu können. Was aber der Ausnahmesenat Holzinger, nicht gegen die Wiener Arbeiter, was die Richter von Prag nicht gegen die Genossen in Böhmen vermochten, die man in Ketten geschlossen auf die Anklagebank schleppte, das schlen der Fraktionsstreit der Gemäßigten und der Radikalen zu bewirken: innerer Streit ließ keine Kraft nach außen wirken.

Da gelang Viktor Adler das Werk der Einigung. Der Parteitag von Hainfeld 1889, noch insgeheim angehalten, war der Wendepunkt. Ein kleines Wochenblatt, die „Gleichheit“, hatte ihn vorbereitet. Ihr scharfer und witziger Ton ließ alle anhörchen: aus diesem Arbeiterblatt sprach höchstes Wissen und erlesene Bildung, aber sie sprachen schmucklos und selbstlos für das werktätige Volk. Um seine Lebensverhältnisse zu bessern, der sozialen Not und Ungerechtigkeit ein Ende zu machen, müsse das Volk sich selbst die Gesetze geben und die Verwaltung überwachen durch die demokratisch gewählte Volksvertretung. Die müsse das Volk sich erkämpfen und dazu brauche es die politische Organisation wie zur Hebung seines Lebensstandes die Gewerkschaften.

Keine Ruhe in Oesterreich solange nicht das allgemeine Wahlrecht erkämpft ist! wurde zur Parole der geeinigten Partei. Unzählige Versammlungen, viele aufgelöst, Konfiskationen der Presse, Prozesse — und immer wieder Demonstrationen auf der Wiener Ringstraße, folgten einander. Gar oft ritten Polizisten in die Massen hinein und die Säbel sausten nieder. Nichts half. Aus der kleinen „Gleichheit“ war die große „Arbeiter-Zeitung“ geworden, das Werk Viktor Adlers, Fritz Austerlitz und all ihrer Mitarbeiter, das gehätselte und geliebteste, das gefürchtetste und geachtete Blatt Wiens und Oesterreichs.

Im Kampf erstarkte die Bewegung. 1896 sah man sich gezwungen, dem fordernden Volk eine Abschlagszahlung zu erteilen. 72 Mandate des allgemeinen Wahlrechts wurden den 325 der Wählerklassen (Kurien) hinzugefügt. Wie das Volk diesen Bittel aufnahm, erfuhr die Regierung sehr bald. Im November 1897 vergriff sie sich an den Parlamentsrechten und binnen drei stürmischen Tagen mußte sie dem Volkswillen weichen. Wien war aufgestanden — da zitterte die Hofburg.

Noch beherrschte die christlichsoziale Demagogie, ein nur nicht militärdiktatorisches Vorspiel der Hitlererei. Wien und die Alpenländer. Aber die Arbeiterbewegung wuchs unausgesetzt. Aus einem Kellerlokal übersiedelte die „Arbeiter-Zeitung“ erst in ein gemietetes und dann in ihr eigenes, so schönes und zweckdienliches Haus. Am 28. November 1905 stand alle Arbeit im ganzen Reiche still und ungeheure Züge, in Wien eine Viertelmillion, demonstrierten für das gleiche Wahlrecht. Im März 1907 wurde zum ersten Mal gleich gewählt, 87 Sozialdemokraten saßen unter den 516 Abgeordneten. Engelbert Pernerstorfer, der Schulkamerad Adlers, der einstige Linksnationale, vertrat die Roten im Präsidium.

In unbewaffnetem Kampf, allerdings auch durch das Mittel des Massenstreiks, hatte die Partei ihren Sieg errungen.

Als der Krieg zusammengebrochen war, gab es in Wien nicht einen Tag diktatorischen Regierens. Die Arbeiterschaft hätte, noch im Besitz der Waffen, ihre Herrschaft aufrichten können. Aber sie teilte sie sofort mit dem Bürgertum, das nun durch die Christlichsozialen und Großdeutschen vertreten wurde. Eine Koalitionsregierung unterzeichnete gezwungenermaßen den Frieden von St. Germain und richtete den jungen Staat grunddemokratisch und in mancher Hinsicht vorbildlich sozialpolitisch ein. Wenn auch später die Sozialdemokraten aus der Regierung ausgeschlossen — in Wien und den größten Städten der Republik vertrauten die Wähler und Wählerinnen die Verwaltung den Sozialdemokraten an. Was sie geschaffen haben, die Wiener Volkswohnbauten, das Fürsorgewerk, die Schulreform ist von zahllosen Fachmännern aus aller Welt als musterbildig anerkannt worden. Von Wahl zu Wahl schlossen sich größere Wählermassen der Partei an, zuletzt über zwei Drittel von Wien, über 42% im Staat. Das Rote Wien wurde für uns Sozialdemokraten, was Moskau für die Kommunisten ist. Mit 460.000 Parteimitgliedern stand Wien einzig da. Wer, der es mitgemacht, könnte je das internationale Treffen der Arbeiterjugend in Wien vergessen, welcher Teilnehmer oder Gast des internationalen Kongresses Wien 1931, den Aufmarsch der Arbeitersportler, darunter der 40.000 Reichsdeutschen über die Ringstraße! Noch sehen wir im strammen Schritt und wegen der glühenden Sonnenhitze die Jacken über dem Arm, die Bataillone des Schutzbundes vorüberziehen. Noch wußten wir Gäste aus Deutschland nicht, was uns so bald bevorstehen sollte, aber auch nicht in der innersten Herzensfaser konnte jemand denken, daß ein Jahr nach Deutschland auch dieses Oesterreich mit seiner ungespaltenen Arbeiterbewegung, mit den jedermann sichtbaren Schöpfungen des Roten Wien eine Beute der Offensivform des Kapitals, des arbeitermordenden Faschismus werden könnte!

Es mag wohl sein, daß die Schutzbündler

von Linz nicht des Wortes vom Sich nicht provozieren lassen eingedenk waren, als sie sich gegen die Wegnahme ihrer Waffen wehrten, die ihnen nach den Rechtsbrüchen der Bundesregierung, nach der Erhebung der Terrorbanden zur Staatsgewalt und — nach den reichsdeutschen Erfahrungen als einzige Gewähr des Arbeiterrechts erschienen. Man wird diese opfermutigen Kämpfer besser verstehen, wenn man an das Wort der ausgeschundenen und aufs Blut verhöhten schlesischen Weber denkt: „Mir leidens ne miehl!“

Die habsburgischen Offiziere, die jetzt die Regierung bilden, haben die Verteidigung der proletarischen Wohn- und Parteihäuser durch Artilleriefeuer gebrochen. Die Sozialisten haben nicht einsehen wollen, daß Menschen berechtigt seien, an der unumgänglichen Deckung des menschlichen Wohnungsbedürfnisses klutzig zu verdienen. Jetzt mögen die Zinsgeier jubeln, daß die „Marxistenburgen“ traurige Ruinen sind. Auf dem Rathaus weht der Faschistenfetzen, drinnen sitzt auf dem Platz eines Karl Seitz ein Dollfußminister. Partei und Gewerkschaften sind aufgelöst und leeral bestohlen, die Arbeiterbank ist gesperrt und wo der Geist regierte, in dem Hause der „Arbeiter-Zeitung“, da dürfen Heimwehrburgen und freiwillig zum Arbeitermord eingerückte Bürgersöhne johlen, trampeln und wehrlose Gefangene mißhandeln.

Viktor Adler hat dieses Gelichter wohl erkannt, als er, damals der einzige Sozialdemokrat im niederösterreichischen Landtag, den brüllenden Gegner zurief: „An dem Tag, da ich Ihren Beifall finde, kauf ich mir einen Strick!“

Sie mögen heute jubeln, die Starhemberg, Fey und Dollfuß — noch sind die kampferprobten Arbeiter Oesterreichs nicht alle tot, noch lebt in ihnen der Wille zur Freiheit, noch gilt ihnen der Geist mehr als die rohe Gewalt. Die Arbeiterbewegung wird auferstehen, ihre Presse wieder erscheinen, Wien wird röter sein als je aber wer weiß, ob dann auch nur durch den Stimnzettel.

Vier Hingerichtete

Von einem, der sie kannte

Die Toten von Wien, die Gefallenen und Hingerichteten, werden in der Geschichte des Befreiungskampfes, den die Internationale der Arbeiter führt, unvergesslich bleiben. Die Regierung Dollfuß-Fey tut so, als hätte sie Räuberbanden und Banditenführer um der Ruhe und Ordnung willen bekämpfen müssen. In Wahrheit aber hat niemand anderer die Ruhe und Ordnung der österreichischen Republik gestört, als eben Dollfuß und Fey. Die toten Arbeiter sind nicht im Kampf gegen die Verfassung und das Recht, sondern für Recht und Verfassung gefallen. Aus der großen Masse der Toten sei hier über vier von ihnen gesprochen, damit auch die Internationale erfahre, wer die Männer gewesen sind, deren Andenken den Arbeitern Oesterreichs heilig ist.

Koloman Wallisch

Ist nach hartem Kampfe gefangen genommen, in wenigen Stunden angeklagt, verurteilt und unter dem Schutz von Maschinengewehren und von Militärkompagnien in Leoben hingerichtet worden. So groß war die Furcht vor ihm, den das Volk liebte. Er war 45 Jahre alt. Er stammte aus dem Burgenland. Seine Eltern waren Arbeiter, und er selbst war ein Arbeiter. Als er aus dem Weltkrieg in die burgenländische Heimat zurückkam, nahm er als Sozialdemokrat an der ungarischen Rätebewegung teil. Wegen seiner revolutionären Haltung in der ungarischen Kommune verfolgte ihn der Haß der magyarischen Magnaten. Als das Burgenland österreichisch wurde, war Wallisch bereits in der steyrischen Arbeiterbewegung tätig. In kurzer Zeit besaß er das Vertrauen seiner Arbeitskameraden in Bruck an der Mur. Er war einer von denen, die die Zusammenarbeit der ungarischen Revanchebewegung mit der steyrischen Reaktion aufdeckte. Die Waffenaffären von St. Gotthard und Hirtenberg wären ohne die Aufmerksamkeit und Mitwirkung Koloman Wallischs niemals an das Licht der europäischen Öffentlichkeit gekommen. Erst wenn man diese Tatsachen kennt, begreift man, wieso es möglich wurde, daß die steyrischen Christlichsozialen und Heimwehren gerade aus diesem Mann das Zerrbild eines brutalen, vor nichts zurückschreckenden Teufels machten, von dem sie immer wieder in ihren Agitationsversammlungen die widersinnigsten Legenden und Märchen erzählten.

In Wahrheit war dieser breitschultrige, unternetzte Mann mit den lustigen Augen und dem dunkelblonden Schopf voll Gutmütigkeit und Hilfsbereitschaft gegenüber allen, die sich an ihn als Vertrauensmann um Hilfe wandten. Wenn Wallisch in einer Arbeiterversammlung sprach, dann begrüßte ihn heißer Jubel. Aber das machte ihn niemals eitel, das brachte ihn niemals dazu, des Beifalls wegen zu sprechen. Er wußte seine Meinung auch dann durchzusetzen, wenn sie unpopulär war und zunächst nicht auf die Zustimmung der Masse rechnen konnte. Auf einem der letzten Parteitage, auf dem die österreichischen Genossen viele Freunde aus der Internationale begrüßen durften, ergriff Wallisch das Wort zu einer kurzen Rede. Ein Beifallsjubel aller Delegierten begrüßte ihn, der damals von den Bürgerlichen besonders beschimpft wurde. Aber Wallisch, verwirrt von dem Applaus, der ihn begrüßte, wehrte mit ungeschickten Handbewegungen die Kundgebung ab. Beifall, Lärm, Pathetik ist ihm immer fremd geblieben. Er hat viele Bücher gelesen, er hat sich auf jede Rede, die er zu halten hatte, auf das sorgfältigste vorbereitet. Aber er wollte nie etwas anderes sein als ein Arbeiter, der zu Arbeitern spricht und er wollte nie anders leben als sie selbst. Er war der Führer der Arbeiter von Bruck, aber er war kein Kommandant. Auch als er Nationalrat wurde, und als er der Landessekretär der Steiermark war, blieb ihm Dünkel und Hochmut fremd, er wollte nie mehr sein als ein Vertrauensmann. Und ein Vertrauensmann der Arbeiter war er mit jeder Faser seines Wesens. Koloman Wallisch war ein Sozialdemokrat, und zwar ein sehr disziplinierter Sozialdemokrat. Als Sozialdemokrat hat er gelebt, als Sozialdemokrat ist er bis zum Schluß bei seinen kämpfenden Arbeitern geblieben, und für sie ist er gestorben.

Feuerwehrgenieur Weissol

war ein Intellektueller. Mit 18 Jahren kam er zum Militär, nach dem Umsturz zuerst an die Universität und dann an die Technik. Er war in der sozialistischen Studentenbewegung tätig, und schon die ersten Demonstrationen, die die sozialistischen Studenten Ende 1918 und 1919 gegen die deutschnationalen Studenten und Professoren an den Hochschulen organisierten, hat er mitgemacht. Als nach den Februarwahlen im Jahre 1919 die sozialist-

Faschismus in Großbritannien

Von Leopold Franz-London

schon Soldaten über die Ringstraße marschierten, standen auf der Freitreppe der Universität etliche sozialistische Studenten, mit ihnen Georg Weissel. Keiner von denen, die damals dabei waren, wird es vergessen, wie Weissel schon damals auseinandersetzte, daß die österreichische Freiheit immer davon abhängig sein werde, ob man auf die Wehrmacht Einfluß zu behalten vermöchte. Damals, als die Geschütze über die Ringstraße führten, die Mündungen mit roten Nelkensträußen angefüllt und die Rohre mit Kränzen umwunden, dachte keiner von uns daran, daß wir einmal im Bürgerkrieg der österreichischen Wehrmacht gegenüberstehen könnten. Der Vorsitzende des Standgerichtes soll Weissel als einen Fanatiker bezeichnet haben. Wenn man unter einem Fanatiker einen Menschen mit Scheuklappen versteht, der einer blutleeren Idee nachläuft, ohne nach links oder nach rechts zu sehen, dann ist diese Charakteristik falsch. Wenn man aber unter einem Fanatiker einen Menschen versteht, der sich eine eigene Welt- und Lebensbetrachtung geistig erarbeitet hat und dann ihren Grundsätzen in vollkommener Treue und Hingabe folgt und niemals bereit ist, um einen Gehalt oder einen Posten oder ein Avancement ein Kompromiß zu schließen, dann war Weissel ein Fanatiker. Viele Wiener Genossen haben Weissel sprechen gehört. Wenn man ihn so sah, hätte man in ihm eher einen Büchermenschen als einen Soldaten vermutet, eher einen Schreiber als einen Krieger. In seiner Art zu sprechen war weder etwas Predigerhaftes noch etwas Fanatisches. Aber jeder, der mit ihm jemals zu tun hatte, mußte den Eindruck bekommen, es mit einem ganzen Mann zu tun zu haben, der nicht nur seine sozialistische Gesinnung ausspreche, sondern sie auch lebe. Wenn also Weissel ein Fanatiker war, dann war er es nicht mehr und nicht weniger als der Kern der österreichischen Arbeiterbewegung, in der Weissel sein ganzes Leben lang gelebt hat und der sein letztes Wort galt.

Karl Münchreiter

entstammt einem Wiener Bezirk, in dem es neben engen und schlechten Arbeiterquartieren die luxuriösesten Villen der Reichen gibt, dem XIII. Wiener Bezirk Hietzing. Der Kapitalismus hat den jungen Genossen Münchreiter schon einmal verwundet. Er war ein Arbeitsinvalid. Seine linke Hand war schwer verstümmelt, und er hätte es nicht notwendig gehabt, der Arbeiterbewegung militärisch zu dienen. Aber es hat wohl keinen gegeben, der es gewagt hätte, das dem Genossen Münchreiter zu sagen; denn jeder wußte, daß er gerade auch als Soldat für die Idee des Sozialismus einstehen wolle. Münchreiter hatte zu dem kleinen Kreis jener Genossinnen und Genossen gehört, die sich innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie als links bezeichnet hatten und die seit März 1933, seit der Besetzung des Parlaments durch Dollfuß, den Standpunkt vertraten, es sei zunächst durch den Aufstand der Massen die zerrissene Verfassung wieder herzustellen, und Arbeiter und Bauern hätten dann ihre Macht aufzubauen. In vielen Diskussionen hat Münchreiter seine Meinung vertreten. Er blieb auch dem, der nicht seiner Meinung war, immer der Genosse. Er hatte ein gutes und kluges Gesicht mit großen braunen Augen, die man nur dann zornig sah, wenn es einen Feind der Arbeiterbewegung abzuwehren galt. Als Münchreiters Schutzgruppe alarmiert wurde, war er sofort auf seinem Posten. Er war einer der ersten Verwundeten. Er bekam einen Schuß in die Schulter, hielt aber bekam einen Schuß in die Schulter, hielt aber aus. Erst nach einer zweiten Verwundung, angeblich einem Bauchschuß, wurde er gefangen genommen und ins Inquiritenspital geführt. Seine Verwundungen waren so schwer, daß die Ärzte seinen nahenden Tod voraussagten. Dennoch wurde er in diesem Zustand auf einer Bahre vor das Standgericht getragen und zum Tode verurteilt. Die österreichische Regierung, die sich immer auf ihr Christentum beruft und die eine Verfassung vorbereitet, die mit den Worten beginnt: „Im Namen Gottes...“, schreckte nicht davor zurück, einen Sterbenden dem Henker zu überliefern. Sein letztes Wort war der Schutzgruß „Freiheit!“, damit seinen Genossen und sich die Treue noch auf dem Schafot gelobend.

Das Grazer Standgericht hat den 50jährigen

Sekretär der steirischen Metallarbeiter,
Stanek.

zum Tode verurteilt, und der österreichische Bundespräsident hat von seinem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch gemacht. Stanek war ein überaus ruhiger und in Verhandlungen mit den Unternehmern niemals nervöser Gewerkschafter. Allerdings, er war auch niemals bereit, die Liebenswürdigkeit der steirischen Unternehmer fürbare Münze zu neh-

Welchen Einfluß die faschistische Bewegung in England hat, ist außerordentlich schwer zu entscheiden. Daß sie aber auch in England eine gewisse Gefahr bedeutet, kann nicht bezweifelt werden, und es wäre töricht, wollte man diese Bewegung nur als eine mehr oder minder lächerliche Nachahmung italienischer Formen und Ideen betrachten.

Von den vier bestehenden faschistischen Organisationen sind drei völlig einflusslos: die British Fascist Ltd (1), die National Fascists und die Imperial Fascist League. Die erste dieser Gruppen ist mehr oder weniger als Hilfsorganisation der Konservativen zu bezeichnen, ihr Programm ist eine Mischung von Antisemitismus und britischem Imperialismus. Die zweite Gruppe hat sich aufgelöst, die dritte — nur 500 Mitglieder stark — ist mehr oder weniger eine Privatangelegenheit eines Herrn Leese, der alle Juden nach — Madagaskar senden möchte.

I.

Von Bedeutung allein ist die „British Union of Fascists“, geführt von Sir Oswald Mosley. Moses Moses Mosley, wie er von seinen antisemitischen Konkurrenten genannt wird, weil seine Organisation offiziell nicht jüdenfeindlich ist. Mosley, reich, begabt, glänzender Redner, Kriegsteilnehmer, sechster Baronet, verheiratet mit der verstorbenen Lady Cynthia, Tochter des Marquis Curzon, früher Vizikönig in Indien, mit 22 Jahren konservativer Abgeordneter, trennte sich von seiner Partei und kandidierte 1923 als Unabhängiger — und behielt seinen Sitz, schloß sich aber bald im Unterhaus der Labour Party an. Im zweiten MacDonald-Kabinet wurde er, erst 33 Jahre alt, Minister ohne Portfeuille und unter J. H. Thomas (jetzt Dominion-Minister) beauftragt, sich besonders dem Arbeitslosenproblem zu widmen.

Nun setzt aber bald der Konflikt eines intelligenten, reichen, ungedulden jungen Intellektuellen mit bejahrten bedächtigen Partei- und Gewerkschaftsführern ein, der schließlich zur Trennung Mosleys von der Labour-Party führte. Sein Arbeitslosenprogramm — öffentliche Arbeiten, Pensionierung alter Arbeitnehmer — niedergelegt im Mosley-Memorandum — fand nicht die Billigung von J. H. Thomas, der, pochend auf sein Alter und seine „Erfahrung“ es lächerlich machte. So trat Mosley 1930 von seinem Ministerposten zurück und veröffentlichte, gemeinsam mit Aneurin Bevan, Oliver Baldwin, J. F. Horratin, A. J. Cook und anderen ein Wirtschaftsprogramm, in dem im wesentlichen planwirtschaftliche Ideen vertreten werden und das als Basis für die Gründung einer neuen Partei diente. Aber die Labourführer, die sein Manifest unterzeichnet hatten, schlossen sich der neuen Partei nicht an. In den 1931er Wahlen verloren schließlich alle Mosley-Anhänger ebenso wie er selbst ihre Parlamentssitze. Diese Niederlage ist — wie John Strachey, einst sein Sekretär, nun zwischen Kommunismus und Sozialismus stehend, beschrieben hat, „die Geburtsstunde der British Union of Fascists“.

Wie stark die Organisation ist, ist schwer zu schätzen. Sie soll an 500.000 Mitglieder haben. Sie verfügt über ein Schutzkorps, hat Panzerautos, um die Mitglieder vor kommunistischen Ueberfällen zu schützen, die Mitglieder tragen schwarze Hemden und das faschistische Rutenbündel mit Bell und ihr Programm ist das des „Korporativstaates“ mit allen dazugehörigen Schlagworten. Offiziell ist die Partei nicht antisemitisch. Aber ihr Hauptquartier in Chelsea ist mit Plakaten beklebt, wie „Sollen die Juden Britanniern in den Krieg treiben?“ Juden nimmt sie als Mitglieder nicht auf,

men. Er wußte sehr genau, daß die Unternehmer gerade in der Steiermark immer wieder den Versuch machten, durch Gründung von gelben Gewerkschaften die freien Gewerkschaften zu zerstören. So ruhig und höflich Stanek sein konnte, so energisch und un-nachgiebig wurde er, wenn es galt, die Annäherung der Unternehmer und der von ihnen bezahlten gelben Gewerkschafter abzuwehren. Stanek war, so lange es eine Arbeiterkammer gab, freigewerkschaftliches Mitglied der Grazer Kammer und hat dort manchen Zusammenstoß mit gelben Gewerkschaftern gehabt. So machten die Unternehmer und die Gelben in der Steiermark aus ihm einen brutalen Banditenhüuptling, denn die Herren brauchten solche Porträts als eine Rechtfertigung ihres sinnlosen Hasses. Als ein Opfer dieses Hasses

neuerdings wird auch der jüdische Einfluß in der City bekämpft.

II.

Die Diskussion über die faschistische Bewegung ist neuerdings ins Rollen gebracht worden dadurch, daß Lord Rothermere, einer der beiden Zeitungs Lords persönlich in der „Daily Mail“ für Mosleys Bewegung eintrat und zum Eintritt in die Organisation aufforderte. Welche Motive Rothermere zu diesem Schritt veranlaßten, ist unbekannt. Vielleicht, daß sein Blatt in der Auflagenzahl von der ersten Stelle an die dritte rückte, und daß der sozialistische „Daily Herald“ mit 2.030.000 Lesern führend geworden ist. Ob Rothermeres Unterstützung wirklich Hilfe bedeutet, ist mehr als zweifelhaft. Denn Rothermere wird politisch keinesfalls ernst genommen. Sein Konkurrent Lord Beaverbrook, hat nunmehr offiziell gegen Mosley Stellung genommen, womit nicht gesagt sein soll, daß Beaverbrook nicht Faschist ist. Er ist es, und er ist gefährlicher.

Die Bedingungen für einen faschistischen Sieg sind: ein Mittelstand, der pauperisiert ist oder in Gefahr, es zu werden. Eine ständige Armee — vor allem jugendlichen — Arbeitslosen. Das Versagen eines Labour-Kabinetts und Anhalten oder Verschärfung der Wirtschaftskrise.

Der englische Mittelstand ist gesund, wohlhabend. Aber er wird neuerdings in eine Kampfstellung zu den Konsumgenossenschaften hineingetrieben, insbesondere durch die Beaverbrookblätter. Die Konsumgenossenschaft mit 6.760.000 Mitgliedern, 80.000.000 Umsatz, 42.000 eigenen Arbeitern stellen eine außerordentliche ökonomische Macht dar. Sie haben sich die Befriedigung einer erheblichen Zahl öffentlicher Betriebe zu sichern gewußt und sich dadurch und aufgestachelte durch die Beaver-

Die Maikowski-Justiz

Die SA-Meute erhält einen Kopf.

Am 17. Februar wurde der SS-Scharführer von der Ahe in Berlin-Charlottenburg erschossen. Verhaftet wurde eine Anzahl von Kommunisten. Der Prozeß, der jetzt abgeschlossen worden ist, hat den Tatbestand keineswegs geklärt — ebensowenig wie der Prozeß um den Tod des Maikowski vom Mordsturm 33.

Trotzdem wurden die Kommunisten verurteilt. Der eine von ihnen, Richard Hüttig, zum Tode, eine Reihe anderer zu schweren Zuchthausstrafen, und zwar:

Alfred Rabenow, Paul Fischer, Bruno Krumpholz, Rudolf Mosemann und Marian Szeflag wegen schweren Landfriedensbruchs unter erschwerenden Umständen, und zwar Rabenow und Fischer zu je 15 Jahren, die übrigen zu je 13 Jahren Zuchthaus unter gleichzeitiger Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren. Die Angeklagten Willi Miether, Arthur Schäfer und Kurt Hundsdörfer wegen schweren Landfriedensbruchs zu je 7 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, der jugendliche Heinz Duch zu 8 Jahren, Werner Zimmermann zu 4 Jahren, Herbert Karius zu 2 Jahren, Schwarzat und Konschönke zu je 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis. Hesse erhielt 4 Jahre Zuchthaus, die beiden letzten Angeklagten wurden freigesprochen.

Keinem konnte eine Teilnahme an der Erschießung des SS-Mannes nachgewiesen werden, auch dem zum Tode Verurteilten

ist Stanek gefallen, dem Pflicht und Treue stets innerstes Bedürfnis waren.

Die Standgerichte arbeiten weiter, und auch die Henker haben zu tun. Es sind österreichische Sozialdemokraten, Kämpfer der österreichischen Arbeiterbewegung, die für das Recht und für die Verfassung gekämpft haben, während die Richter und Henker, die Dollfuß, Fey, Starhemberg, die die Kommandanten des neuen Staates sind, Recht und Verfassung zerrissen haben. Jeder von denen, die gekämpft haben, jeder von denen, die vor den Richtern standen und stehen, wußte genau, worum es ging. Es ging darum, zunächst die Verfassung wieder herzustellen und dann: weiter zu kämpfen für Freiheit, Selbstbestimmung, Sozialismus. Dafür sind die Genossen gestorben, dafür arbeiten die Ueberlebenden.

brok-Propaganda den Haß der Ladeninhaber zugezogen.

Die Zahl der englischen Arbeitslosen ist zwar zurückgegangen (z. Zt. etwa 2.300.000), aber immer noch beträchtlich, und nach neuesten Meldungen finden immer weniger Schulentlassene und andere Jugendliche Arbeit. Hier aber ist das Reservoir der Faschisten, aus dem sie mit größerem Erfolg als die Labour Party schöpfen.

Die Labour Party selbst befindet sich, wie die Ersatzwahlen zeigen, im Aufschwung. Sie beginnt sich von der Niederlage 1931 zu erholen. Aber — nur 60 bis 65 Prozent der Wähler beteiligen sich an den Wahlen. Wem ist der Rest, wem wird es gelingen, im entscheidenden Augenblick die Nichtwähler zu erfassen? Wird Labour, wenn sie zur Macht gelangen sollte, das Schicksal der deutschen Partei teilen? Wird die Labour Bewegung Führer herausstellen, die die Massen mitreißen? Das sind die bedrückenden Fragen, die später beantwortet werden sollen, von denen zu einem guten Teil der Sieg des englischen Faschismus abhängt.

Englands Industrie ist zweifellos technisch rückständig. Werden die wirtschaftlichen Bedingungen schlechter, muß die englische Industrie mehr als bisher den Kampf um die Weltmärkte aufnehmen, so braucht sie dazu voll und ganz die Hilfe des Staates. Keine parlamentarische Regierung wird ihr diese Intervention in dem Umfange gewähren können, weil ein solcher Einsatz des Staates für die Industrie (wenn er auch teilweise heute schon von der nationalen Regierung erfolgt) unpopulär wäre. Dann aber wird die Industrie sich voll und ganz der faschistischen Bewegung bedienen, um, markiert durch die Idee des Korporativstaates, den Staat ausschließlich für ihre Zwecke nutzbar zu machen und die parlamentarische Demokratie zu beseitigen.

nicht! Der Gerichtsvorsitzende führte darüber aus:

„Hüttig habe sich als Rädelsführer betätigt und seine Genossen immer wieder zum Vorgehen angestachelt. Daß er auf den am Boden liegenden Ahé geschossen habe, habe sich nicht feststellen lassen. Er habe sich trotzdem des versuchten Mordes schuldig gemacht, hatte seine Staffel von vornherein auf den Bürgerkrieg eingestellt und hatte es in der Hand, den Ueberfall zu verhindern. Wer eine solche Meute, wie sie die Terrorgruppe bildete, losließ, — müßte damit rechnen, daß es für den Ueberfallenen zum tödlichen Ende führt.“

Dies Todesurteil ist ein einfacher Terrorakt! Nicht der Richter, sondern die nach Blut lechzende SA-Meute hat Hüttig zum Tode verurteilt. Die Banden, die im Maikowskyprozeß laut nach Köpfen schrien, erhalten vom Gericht einen Kopf hingeworfen. Die Rollen sind vertauscht: die SA-Henker sind Richter geworden, und die Richter Henker!

Ein Programm der Einheit

Der Populaire zur Kundgebung des Parteivorstandes.

Der Populaire veröffentlicht die Kundgebung des Parteivorstandes und schickt ihr folgende Vorrede voraus:

„Das unten veröffentlichte Dokument ist von größter Wichtigkeit und wir veröffentlichen es deshalb vollständig trotz seinem Umfange.“

Dies Programm zeichnet sich durch seinen Radikalismus aus. Ohne in eine Kritik der grundsätzlichen, taktischen und tatsächlichen Fehler und Irrtümer einzutreten, die schuld daran sind, daß die sozialdemokratische Partei durch die Horde Hitlers vernichtet wurde, bezeugt es den bewundernswerten Willen, nicht wieder in diese Fehler zu verfallen und die Staatsmacht, wenn sie erkämpft ist — diesmal in offenem Kampfe — zur Verwirklichung der Ziele der sozialen Revolution zu benutzen.

Wie weit sind wir da vom Görlitzer Programm entfernt, das den Opportunismus und die Zusammenarbeit mit dem Bürgertum in ein System gebracht hat!

Das neue Programm der Sozialdemokratie ist ein Programm der Einheit. Es kann und soll alle lebendigen Kräfte, die für das sozialistische Ideal wirken, und die eines Tages das Vierte Reich, das Reich der befreiten und vereinten Arbeiter und Bauern errichten werden, um die Fahnen von Liebknecht und Bebel sammeln.“

Einkommen der Nazibonzen

Parteiudkorrption im Dritten Reich

Seit Jahren trommelt die Nazi-Pressen gegen die Korruption, Erpressung, Bestechung und Parteiudwirtschaft, gegen die Bonzokratie in jeder Form. Und heute, da die Welt mit den Segnungen des „Dritten Reichs“ beglückt wird, hört man mindestens jede Woche einmal aus dem Munde irgendeines Führers, daß die Korruption und Bestechung aufgehört hat, daß wieder Reinlichkeit in Deutschland einbezogen ist. Tatsächlich gibt es viele Millionen Menschen, die solche Märchen für wahr halten. Sie denken in ihrer Suggestion für nationalsozialistische Belange nicht daran, daß die Herren Führer sich für ihre hohen, „verantwortungsvollen“ Stellungen mit Summen dotieren, die ein Vielfaches dessen darstellen, was früher im „Zeitalter der Korruption“ ausgesetzt war, sie denken nicht daran, daß aus dem gesamten Beamtenapparat eine Pirüdenwirtschaft gemacht wurde, die das Vollendetste darstellt, was bisher in dieser Beziehung geleistet wurde, sie denken nicht daran, daß man immer wieder neue Posten entdeckt, immer neue Aemter und Stellungen errichtet, um nur ja alle „verdienten“ Mitkämpfer gegen die Korruption zu entlohnen. Der Staatsapparat, der heute aus den Spargroschen der Arbeiter und Angestellten die Gehälter der Nazi-Bonzen bestreitet, der einerseits den Arbeitslosen, den Kranken, den Kleinrentnern, den Pensionisten die Pfennige abzwackt, ist ohne jede Kontrolle den Herren des Dritten Reichs ausgeliefert. Noch niemals in der Weltgeschichte konnten sich die Herren des Volkes derart bereichern wie im Dritten Reich. Noch nie war es denkbar, daß eine Amtsperson in ihrer Hand dutzende hochdotierte Posten vereinigte, daß eine Amtsperson über riesige privatgeschäftliche Bezüge verfügen konnte wie z. B. der Herr General Göring!

Während heute Millionen deutscher Arbeiter sich dauernde Lohnsenkungen und zehnerlei Abzüge gefallen lassen müssen und Millionen deutscher Arbeitsloser von sage und schreibe 500 Mark Jahresunterstützung leben müssen, sind die Despoten zu Großverdienern geworden!

Nehmen wir Herrn Göring! Er ist: Preußischer Ministerpräsident, Vertreter des Reichsstatthalter, preußischer Innenminister, Luftfahrtminister, Leiter der Gestapo, Leiter der preußischen Staatstheater, Reichstagspräsident. Das sind seine staatlichen Funktionen. Daneben aber ist er im Aufsichtsrat der Junkerswerke und Berater bei den Benzwerken!

Da es keine öffentliche Etatskontrolle mehr gibt, weiß niemand, ob Göring sich mit den 28.000 Mk. Gehalt begnügt, die früher ein preußischer Ministerpräsident erhielt, oder ob er für jedes seiner Aemter Gehalt kassiert. Die Aufwandsentschädigungen für die von ihm gehaltenen Aemter betragen jedenfalls zusammen 38.000 Mk.! Als Reichstagsmitglied bezieht er 12.000 Mk., Militärpension 3200 Mk., von den Benzwerken 18.000 Mk. und von Junkers 12.000 Mk.! Zu allem hinzu ist Göring aber noch Großaktionär der Junkerswerke, er ist an den Gewinnen der Rüstungsindustrie direkt beteiligt!

Wie hoch ist Görings Einkommen in Wahrheit? Wer kontrolliert die Höhe dieses Einkommens?

Nach Göring Göbbels! Seine Aemter: Reichspropagandaminister, Reichsrundfunkkommissar, Präsident der Reichsfilmkammer. Für diese Aemter gilt dasselbe wie bei Göring. Als Reichsminister 28.000 Mk. Gehalt, Aufwandsentschädigung für seine Beamten 24.000 Mk. Als Reichstagsabgeordneter 12.000 Mk. Göbbels ist außerdem Inhaber des „Angriff“. Die Bilanz des „Angriff“ für 1933 weist 247.000 Mk. Gewinn aus.

Nun zu Herrn Röhm, Reichsminister 28.000 Mk., Stabschef der SA 28.000 Mk., Reichstagsmitglied 12.000 Mk., Hauptmannspension 3.200 Mk., Aufwandsentschädigung 8.000 Mk.

Wie steht es aber mit Hitler? Er hat großartig auf sein Einkommen als Reichskanzler verzichtet — dafür erhält er denselben Betrag als Parteiführer von der NSDAP! Das bezahlt das Volk auch! Dazu erhält er Reichstagsdiäten. Privat ist er Besitzer des „Völkischen Beobachters“, dessen Bilanz für 1933 169.000 Mk. Gewinn ausweist. Aus einem Schriftstellervertrag mit Franz Eher Nachf. hat er einen Anspruch auf 420.000 Mk.!

Ein entsagungsvoller Reichskanzler! Despotismus ist mit Korruption unkenbar verbunden. Hier und die seinen

gebärden sich als Eroberer. Göring verschenkt Ländereien, die dem Staat gehören, Hitler und Göring haben sich Güter schenken lassen!

Ein Gesamtüberblick über die Kosten der braunen Eroberer ist gar nicht möglich, da jede öffentliche Kontrolle fehlt. Aber einige Angaben und Stichproben zeigen zur Genüge, wie sie sich gebärden!

Voll Stolz meldeten vor einiger Zeit die Nazi-Blätter, daß bereits 350.000 Parteimitglieder und SA-Leute in Beamtenstellungen untergebracht sind. Willkürlich setzen sich diese kleinen und großen Bonzen ihre Gehälter fest. Da schreibt sich ein kleiner Konsumvereinsbeamter in einem Nest einfach 360 Mark Gehalt pro Monat zu, denn was sein Bonze Ley kann, kann er im kleineren Maßstab auch. Da läßt sich der Chefredakteur des „Angriff“ als Kommissar der Stadt Berlin 1.800

Volksgemeinschaft

Die „Einzelfälle“, in denen Unternehmer des Dritten Reiches die Volksgemeinschaft noch nicht erfaßt zu haben scheinen, mehren sich allmählich so sehr, daß selbst die Presse der Arbeitsfront darüber zu berichten gezwungen ist. So lesen wir im Organ der Nahrungsmittelarbeiter:

„Am Dienstag wurde der 21jährige Fleischergehilfe Anton Kowalski zu Grabe getragen. Er wohnte in einem ehemaligen Pferdestall, der naß und kalt war, in Kost und Logis beim Meister...“

In dem Raum war ein offener Kohlenofen, wobei der Geselle durch Kohlenoxidgeas den Tod erlitt. Das Blatt teilt weiter mit, daß nun „innerhalb sechs Wochen das fünfte Opfer des Logiswesens zu Grabe getragen worden ist.“

Die Redaktion wundert sich, daß die „Presse des Handwerks“ über diese Todesfälle „nur ein paar Zeilen an unauffälliger Stelle“ übrig hatte und bei der Beerdigung kein Vertreter der Presse des Fleischerhandwerks anwesend gewesen sei. Es sei unbedingt notwendig,

„nicht nur vom Nationalsozialismus zu reden, sondern ihn durch die Tat zu beweisen.“

Die Fleischergehilfen scheinen, wie es im Buch von Schuhmann-Brucker über „Sozialpolitik im neuen Staat“ heißt, immer noch dem Liberalismus und dem Marxismus zu huldigen, damit dem „Grundsatz der französischen Revolution, es sei alles gleich, was Menschenantlitz trägt.“ Der Nationalsozialismus stelle den Grundsatz der Leistung des einzelnen für das Volksganze voran. Die Politik der Interessentenhausen sei beendet. Das Blatt der Fleischergehilfen, das vom Arbeitstod der fünf Berufsgehilfen berichtet, ist verpflichtet in derselben Ausgabe diese nationalsozialistischen Grundsätze der Sozialpolitik abzudrucken. Damit ist der Nationalsozialismus nicht nur in Worten, sondern durch die Tat bewiesen!

In einem Betrieb mit 1800 Mann Belegschaft und 1000 NSBO-Mitgliedern hatten anlässlich eines der vielen Feste nur 150 an der vorgeschriebenen Kundgebung teilgenommen. So etwas muß bestraft werden. Es wurde an einem Sonnabend Nachmittag ein dreistündiger Marsch anbefohlen, an dem die gesamte Belegschaft teilzunehmen hatte. Da die „Gefolgschaft“ außerdem schlecht gesungen hatte, findet jetzt an jedem Mittwoch im Anschluß an die Arbeitszeit eine Singstunde statt. Solche Beispiele von innerer „Gleichschaltung“ häufen sich täglich mehr und mehr.

Es lebe die Volksgemeinschaft von Führer und Gefolgschaft!

Die Menschenjäger...

In der „Vossischen Zeitung“ liest man: „Die Abteilung zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, die dem Landes-Wohlfahrts- und Jugendamt angegliedert ist, hat im Laufe des Monats Januar 2500 Personen festgestellt, die der Schwarzarbeit verdächtig sind. Von diesen wurden etwa 1500 als Unterstützungsempfänger ermittelt, so daß in diesen Fällen die Schwarzarbeit erweisen ist. 80 Wochenmärkte, zehn Markthallen, fünf Personen- und Güterbahnhöfe sowie sechs Theater wurden auf die Beschäftigung von Schwarzarbeitern kontrolliert. Außerdem führte die Abteilung 128 Streifen auf den Straßen durch.“

Dem Unternehmer hat das Hitlerregime die Bahn freigemacht, der Unterstützungsempfänger

Mark pro Monat bezahlen, da erhält ein ehemaliger bankrotter Häusermakler mit literarischen Ambitionen namens Bierschwale die Stelle eines Präsidenten des kirchlichen Kulturamtes mit 1.400 Mark pro Monat, da bezieht der Fememörder Heine's als SA-Gruppenführer 800 Mark, als Polizeipräsident von Breslau und als Regierungspräsident 1.750 Mark pro Monat, da wird ein völlig unbrauchbarer Schmierant, namens Krause, der bei Ullstein hinausbefördert wurde und dann als kleiner Sribent beim „Angriff“ tätig war, Vorsitzender der Reichsfilmkammer mit 1.450 Mar Gehalt.

Vielleicht machen die Großbonzen ihrem begeisterten Volk vor, daß sie einen Großteil ihrer Bezüge zu irgendwelchen Gunsten verwenden. Wer kann das glauben? Wie wollen sie das beweisen? Aus welchem Staatshaushalt ist das zu ersehen? Wo erscheint die Bilanz, in der man das alles nachprüfen kann? Woher könnte sich auch sonst Herr Göring mit der Pracht eines indischen Maharadschah umgeben, wie könnte diese „Herrenschicht“ ihr feudales Leben führen?

ger, der zu seinen Hunger Groschen ein paar Pfennige dazu verdienen will, wird gelagt, als ob er ein Schwerverbrecher wäre. Das ganze Trauerspiel läuft unter dem Motto: Es lebe die Gerechtigkeit!

Unsittliche Zucht

Katholikenorgan gegen Hitler- und Heimwehr-Faschismus.

Da in Hitlerdeutschland jegliche Kritik am braunen System bei Strafe verboten ist, versucht es die Opposition da und dort mit Umschreibungen, die das ganze Elend noch deutlicher offenbaren. Gegen die allgemeine braune Zwangsjacke protestiert die katholische Zeitschrift „Stimmen der Zeit“, indem sie die Gefahren übersteigerten Zwanges aufzeigt. In einem Artikel Stanislaus von Borkowskis heißt es da:

„Die Erzieher im grauen Altertum wußten bereits, daß übersteigerte Zucht Zuchtlosigkeit erzeugt. Das war eine ganz naheliegende Einsicht. Ist doch der allzu üppige Zuchtaufwand nichts anderes als Zuchtlosigkeit des Erziehers; und was kann der Zuchterdrückte besseres tun, als sich anstecken lassen?“

„Erzieher“ sagt der Verfasser und Führer meint er. Das wird noch deutlicher in den folgenden Abschnitten:

„So grobschlächtig gezimmerte Gestalten glaubten sogar, mit diesem Furioso ihres Ziehens zu erziehen; als läge die Ausziehung zur Zucht in einer kreischenden Stimme, und als entrinne der wildgeschwungene Arm und eine drohende Miene dem offenen Gelächter des Weisen und dem versteckten Spott des Kindes... Wir sprechen von einem Zwang, auch von einem Zwang zum Guten, mit dem man nicht bloß das Kind, auch den blühenden Reifenden und den Gereiften, überfällt, bevor man auf das genaueste ausgespürt hat, ob die Sache für das Gewissen des Ueberraschten tragbar ist. Die Erziehung einer Zucht ohne diese Voraussetzung und Vorarbeit ist unsittlich... Wer sich aber auf dem Felde der Individualerziehung, auch innerhalb einer großen Menge, mit Gemeinplätzen, Schlagworten, Allheilmitteln, „großen Gesichtspunkten“ wie sich diese Gedankenlosigkeit in ihrer beschönigenden Verhüllung betitelt, bescheiden, aber gemeingefährlich begnügt, mühe sich um Einladungen zu andern Berufen...“

Das heißt, Hitler und die Seinen sollen sich

weder Führer, noch Erzieher oder Reinger nennen. Das Unsittliche, Charakterverderbende des braunen Zuchthausstaates ist hier richtig charakterisiert.

Reichsrat verschwunden

Die Hitlerregierung, die durch „Ermächtigung“ des neuen Reichstags Verfassung machen kann, wie sie will, hat den Reichsrat aufgehoben. Der Reichsrat war aus dem früheren Bundesrat entstanden, der eine Versammlung der Vertreter der verschiedenen Bundesstaaten darstellte. Als Kulisse seiner eigenen Diktatur von Bismarck geschaffen, hat er weder im Kaiserreich noch in der Republik eine erhebliche Rolle gespielt. Unter den heutigen Verhältnissen hatte er überhaupt nichts mehr zu bedeuten; seine Mitglieder, von den Reichsstatthaltern ernannt, konnten natürlich insgesamt weiter nichts bedeuten als eine überflüssige Jagas-Maschine mehr.

Gegen die Besetzung dieses überflüssigen Möbels läßt sich also, wie die Dinge heute liegen, nichts einwenden. Höchstens könnte ein Naiver fragen, warum nicht auch für den Reichstag und schon gar für den sagenhaften Preußischen Staatsrat — Görings eigene rechtliche staatsrechtliche Erfindung — die gleichen Konsequenzen gezogen worden sind. Der Grund liegt einfach darin, daß der Reichsrat aus einer Handvoll Beamter besteht, die bei dem Geschäft nichts verdienen, während durch den Reichstag und den Staatsrat annähernd tausend Sinnekuren für Nazibonzen geschaffen worden sind, von denen jeder für absolutes Nichtstun 1000 Mark im Monat erhält.

Geschäft und Sittlichkeit

In Deutschland kämpfen gegenwärtig zwei Branchen elsen erbitterten unterirdischen Kampf gegen einander: die Friseure und ein Zweig der Seidenindustrie. Die Friseure haben durchgesetzt, daß es nicht als undeutsch angesehen werden dürfe, wenn die deutsche Weiblichkeit jene Nackenfrisur trägt, die zwischen Zopf und Bubikopf ist. Fällt damit auch das Nackenrasieren weg, so bleibt den Barbieren doch wenigstens der ewige Frauenhaarschnitt und gütige Ondulation. Der Mittelweg zwischen Friseurgeschäft und deutscher Sittlichkeit wäre somit stabilisiert, wenn es einer gewissen Seidenindustrie nicht ebenfalls schlecht ginge, was sie wiederum zu Feinden der Friseure macht. Denn die westdeutschen Industrie- und Handelskammern der Seidenbandindustrie haben hämischerweise beschlossen, im deutschen Haus wie in den Mädchenschulen Alarm schlagen zu lassen für jenen alterproben Gretchenzopf, der durch ein Seidenband zusammengehalten wird und darum sittlicher ist als alles andere. In welchem anderen Lande arbeiten Politik, Moral und Geschäft so schön Hand in Hand?

Opposition hinter den Kulissen

In Rotenburg an der Fulda ist der Landrat von Dombois auf Anordnung des Ministers des Innern mit sofortiger Wirkung beurlaubt worden. Sein Amt wurde vertretungsweise einem hitlertreuen Regierungsrat von Kruse übergeben.

Einen Tag später wurde der Bürgermeister von Fritzlar, Dr. Schnitzler, ebenso brüsk beurlaubt und der Ortsgruppenleiter der Fritzlarer NSDAP, an seine Stelle gesetzt. Die Beurlaubung der beiden sehr bekannten Beamten hat größtes Aufsehen erregt. Man bringt die Beurlaubung des Landrats und des Bürgermeisters mit monarchistisch-deutschnationalen Oppositionsversuchen zusammen. Von Dombois ist bekannt, daß er deutschnational und ein Anhänger des „Papen-Kurses“ ist.

Die Alliance Française 101 Bd. Raspall Paris (6)

Die praktische Schule für die franz. Sprache

eröffnet am 1. März 1. einen vollständigen Frühjahrskurs, der besteht aus wöchentlich mindestens 16 Stunden für praktische Uebungen in franz. Sprache einschl. Uebersetzungen vom Deutschen ins Französische, 17 Vorträgen, einer künstlerischen Führung. Preis 180 Francs für einen Monat, 500 Francs für die vier Monate (vom 1. März bis 30. Juni). Besondere Teilnehmerkarten für die Vorträge allein sind zum Preise von 80 Francs für einen Monat erhältlich — 2. Die Abendkurse finden fünfmal in der Woche, Montags, Dienstags, Mittwochs, Donnerstags und Freitags von 20 bis 22 Uhr statt. Der Kursus am Mittwoch dient dem kaufmännischen Sprachunterricht. Preis 100 Frs. für einen Monat, 325 Frs. für die vier Monate. Nähere Auskunft erteilt der Direktor Robert Dupouey, 101 Bd. Raspall Paris (6)

Industrielles Unternehmen in Paris

mit großen Staats- und Privataufträgen für lange Sicht, sucht Beteiligungen. Bei entsprechender Einlage aktive Mitarbeit möglich. Risiko-lose Kapitalanlage bei hohem Gewinn.

Offerten erbeten an Dr. Boris Skomorowsky — 141 rue Broca — Paris (13e).

Speditions- und Möbeltransportgeschäft

ist zu verpachten oder zu verkaufen

Angebote unter „Große Grenzstation“ an Verwaltung „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, Kantstraße.

Der Weg zur revolutionären Politik Von Max Klingner

Eine Anti-Kritik

Genosse Aufhäuser lehnt die Kundgebung des Prager Parteivorstandes ab. Er hat als Mitglied des Parteivorstandes dagegen gestimmt. Die Gründe für seine Ablehnung liegen in der Person der Verfasser, in der Form wie im Inhalt. Seine Kritik fordert eine Anti-Kritik heraus.

Die Zentrale der Sozialdemokratischen Partei in Prag — so sagt Genosse Aufhäuser — darf mit nach neuen Wegen des Erkennens und des Kampfes um die Macht suchen. Sie darf ihren Apparat in den Dienst des Klärungsprozesses stellen, sie soll eine Willenszentrale werden, um an der programmatischen Neugestaltung mitzuhelfen. Aber darf sie eine eigene Meinung haben, darf sie einen festen Standpunkt einnehmen, von dem aus sie handelt, und darf sie diesen Standpunkt öffentlich bekanntgeben? Das wieder darf sie nicht, erklärt Genosse Aufhäuser, sie darf nicht „irgend einen mit Mehrheit beschlossenen und geformten „fertigen Standpunkt“ eines Parteivorstandes servieren.“

„Irgend einen mit Mehrheit beschlossenen und geformten fertigen Standpunkt!“

Sollen die Mitglieder der Zentrale in Prag als grundsatzlose Opportunisten sich in der Emigration herumtreiben und darauf warten, bis ihnen irgend jemand eine Grundlage serviert für die Tätigkeit, die sie seit ihrem Weg über die Grenze ausgeübt haben? Schließlich war der Entschluß, in der Emigration zu arbeiten, ein politischer Entschluß, der eine bestimmte Auffassung über den Kampf voraussetzte, und in der Tätigkeit seither sind eine Reihe von Erfahrungen gemacht worden, die diese Auffassung befestigt haben. Genosse Aufhäuser spricht von einem schwierigen Klärungsprozeß, dem man Zeit und Freiheit lassen müsse. Der Klärungsprozeß über die großen Grundlinien dieses Aufrufs war so sehr schwierig nicht, denn diese Grundlinien stehen im engsten Zusammenhang mit den praktischen politischen Entscheidungen, die jeder nach der Demaskierung der deutschen Despotie, vor allem aber am 17. Mai treffen mußte.

Es kann deshalb nicht geduldet werden, daß von diesem Aufruf gesprochen wird als von „irgend einem mit Mehrheit beschlossenen und geformten Standpunkt“, der als „plötzliche Veröffentlichung“ serviert wird. Diese Form der Kritik nimmt der persönlichen politischen Entscheidung von vielen, die einen opferreichen und gefährlichen Weg gegangen sind, den Sinn, sie entwertet geradezu den Standpunkt, den sie eingenommen haben. Es ist deshalb nötig, das politische und literarische Werden dieses Standpunkts zu skizzieren.

Anfang Mai ging ein Teil des sozialdemokratischen Parteivorstandes in die Emigration, um die organisatorischen Verbindungen und die Propaganda von draußen sicher zu stellen. Diese Haltung wurde alsbald von einem anderen Teil des Parteivorstandes wie von der Reichstagsfraktion bekämpft, die dem Terror gegenüber eine Politik des Duckens und Stillehaltens führen wollten. Diese Differenz hat zu einem Kampf der Anschauungen geführt. In diesem Kampfe, über dessen Schärfe und Bitterkeit später einmal gesprochen werden wird, ist der Standpunkt erwachsen, den Genosse Aufhäuser jetzt bagatellisiert. Für die Zentrale in Prag war die Erkenntnis, daß dem deutschen Faschismus gegenüber der Kampf mit revolutionären Mitteln geführt werden muß, nicht nur Theorie, sondern Praxis, die von jedem persönliche Entscheidung gefordert hat.

Im Laufe ihrer Tätigkeit hat die Zentrale in Prag Verbindung mit Arbeitsgruppen in Deutschland aufgenommen. Sie hat nicht nur gearbeitet und Arbeit gefördert, sie hat dabei auch wertvolle Erfahrungen gesammelt. Sie weiß von diesen Dingen viel mehr, als einzelne Genossen und einzelne Gruppen. Diese Erfahrung hat sie im ersten Abschnitt der

Kundgebung „Die Bedingungen des revolutionären Kampfes“ niedergelegt. Auch dies ist nicht „irgend ein Standpunkt“, der mit Mehrheit beschlossen worden ist, das ist das Ergebnis und zum größten Teil — Schilderung wirklich geleisteter Arbeit!

Die Zentrale in Prag hat bereits zweimal durch ihre praktische politische Stellungnahme die gegen früher veränderte Grundhaltung bekräftigt, von der die Kundgebung ausging. Am 17. Mai 1933 hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion für die Außenpolitik Hitlers gestimmt. Die Zentrale hat — damals noch von Saarbrücken aus — von der Reichstagsfraktion verlangt, daß sie der Sitzung fernbleiben solle, und wenn sie dennoch teilnehme, daß sie gegen Hitler stimme. Sie hat damit einen außerordentlich

Linien zu der jetzigen Kundgebung. Darnach aber hat in den „übrigen literarischen Erzeugnissen“ eine breite Diskussion über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft eingesetzt, ein Versuch, ökonomischer und historischer Analysen, der Ueberprüfung der Politik der Sozialdemokratischen Partei im Staate von Weimar, kurzum eine Selbstkritik, der praktisch keine Grenzen gesetzt gewesen sind. Die Veröffentlichung der Schrift von Miles hat gezeigt, wie dem Klärungsprozeß freie Bahn gegeben worden ist. Auch das Aktionsprogramm, das in dieser Schrift aus Kritik und Analyse abgeleitet wurde, hat seinen Niederschlag in der Kundgebung gefunden. Bei ihrer Vorberatung haben ferner zwei Genossen weitgehend mitgewirkt, die bis kurz vor der Auf-

bewegung. Es genügt dann nicht, bis 1914 zurückzugehen — das würde nur von einer sehr oberflächlichen Auffassung des Problems zeugen — dann müßte vielmehr zurückgegriffen werden bis auf die ersten Anfänge, bis zur Entstehung des legalen Kurses nach dem Sozialistengesetz und dem Anteil, den Friedrich Engels daran hatte, und vielleicht noch weiter zurück! Da müßte man das große Problem aufrollen, warum die deutsche Arbeiterklasse bisher nicht das richtige revolutionäre Bewußtsein entwickelt hat. Da gibt es gar keine erschöpfende Behandlung des Gesamtproblems! Im übrigen finden sich in den „übrigen literarischen Erzeugnissen“ sehr ernsthafte Versuche, in dies Problem einzudringen, und werden sich auch in Zukunft weiter finden! Man muß sie nur lesen.

Genosse Aufhäuser möchte schon durch die Form den Reformismus noch stärker gebannt sehen. Was aber nun drittens den Inhalt betrifft, so sieht er den Reformismus schon durch die Hintertür wieder hereinspazieren — die Propaganda für die Einberufung einer Volksvertretung, die formale Demokratie, die Verabschiedung der handelnden und drängenden Massen, die vorzeitige Schließung der Revolution, den parlamentarischen Kretinismus und vielleicht sogar die Koalitionspolitik:

„In der im Manifest gegebenen Fassung ist grundsätzlich gegenüber der Haltung von 1918 ein Unterschied festzustellen, selbst wenn diesmal die konstituierende Nationalversammlung einige Wochen später als damals stattfinden soll.“

Aber das ist ja alles gar nicht wahr! Wo Genosse Aufhäuser dies nur gelesen haben mag?

Das Manifest sagt deutlich genug, daß es unter dem Kampf mit revolutionären Mitteln nicht den Kampf mit Stimmzetteln versteht, sondern die Niederringung des Faschismus im Bürgerkrieg. Es sagt ebenso deutlich, daß der Sieg in diesem Kampfe zu einer revolutionären Regierung führen wird, die ihre Legitimation durch den Sieg im Kampf und nicht durch Wahlen erhält. Es schreibt dieser revolutionären Regierung die Aufgabe zu, den Prozeß der Revolution vorwärtszutreiben bis zur Zerstörung der antidemokratischen Kräfte und ihrer sozialen Machtpositionen, die ihnen Verfälschung und Mißbrauch der Demokratie gestatten würden. In diesem Prozeß der Revolution — und das werden nicht einige Wochen sein — werden die Grundelemente einer künftigen Verfassung im Kampfe geschaffen, und nicht durch die konstituierende Nationalversammlung nach dem Vorbild der Versammlung von Weimar! Kann man deutlicher definieren, kann man klarer den vollkommenen Funktionswandel der Demokratie in diesen Kämpfen beschreiben? Welch ein Nominalismus, den Genosse Aufhäuser da enthüllt, welches Festhängen an abstrakten Begriffen losgelöst von den gesellschaftlichen und historischen Umständen!

Die Zerstörung eines solchen Klebens an abstrakten Begriffen gehört zu den Notwendigkeiten des Klärungsprozesses. Genosse Aufhäuser konnte selbst zu diesem Klärungsprozeß beitragen, wenn er positiv seinen Standpunkt niederlegen, wenn er zur rein negativen und stimmungsmäßigen die positive Kritik fügen wollte:

Hier ist Rhodos! komm und zeige
Deine Kunst — hier wird getanzt!

Der Parteivorstand in Prag hat mit seiner Kundgebung klar seine Stellung bezeichnet. Er ist nicht untätig und kann nicht untätig sein. Mit seinem Handeln ist untrennbar verbunden, daß er sagen muß, was er ist, was er tut, was er will! Denn sein Handeln ist nicht nur rein mechanisch vermittelnd und dienend, sondern politisch — und zur Politik gehört schließlich ein Standpunkt. Nichts wäre falscher, als der Gedanke, daß er mit der Veröffentlichung dieses Standpunktes ein Dogma, einen verpflichtenden Anspruch hätte aufstellen wollen! Er hofft aber, daß er mit dieser Kundgebung sowohl dem Kampf als auch der Sammlung einen Dienst erwiesen hat!

Oceanienburg



Aus dem „Notenkraker“, Amsterdam

»Wie die Verrückten schlugen sie auf uns los«

(Gerhart Seger)

scharfen Trennungsstrich gezogen. Vor dem 12. November hat die Zentrale in Prag sich abermals der ideologischen Verwirrung in Deutschland entgegengeworfen. Ihre Aufforderung, Hitlers Volksentscheid mit „Nein“ zu beantworten ist ebenso bekannt wie die Tatsache, daß sie diese Aufforderung in Deutschland verbreiten ließ. Genosse Aufhäuser möchte im Grunde genommen, daß die Zentrale in Prag schweige. Hätte sie auch vor dem 12. November schweigen und nicht „die parteimäßige Propaganda erneuern“ sollen? Es war an diesem Zeitpunkt angesichts der Verwirrung in Deutschland sehr nötig, daß sie einen festen Kurs aufzeigte!

Es ist ohne weiteres erkennbar, wie aus diesem geschichtlichen Ablauf die große Grundlinie der Kundgebung, das Bekenntnis zum revolutionären Kampf herausgewachsen ist. Aber nun der literarische Weg!

Das Erscheinen des „Neuen Vorwärts“ begann mit einem programmatischen Aufsatz, der nur aus besonderen taktischen Rücksichten nicht die Form eines Manifestes hatte. Es ist ohne weiteres erkennbar, daß die Kundgebung eine Fortbildung davon ist. Dort finden sich auch einige Analysen und geschichtliche Entwicklungen, die Genosse Aufhäuser in der Kundgebung vermisst. Faßt zu gleicher Zeit gab die Zentrale die Broschüre „Revolution gegen Hitler“ heraus. Die Abkehr vom Reformismus, das Bekenntnis zum Kampf mit revolutionären Mitteln, die Erkenntnisse über die Notwendigkeit neuer Organisationsformen waren darin niedergelegt. Diese Schrift entstammte einer in Deutschland nach dem 17. Mai entstandenen und in Deutschland arbeitenden Gruppe. Auch von hier gehen

nahme der Vorberatung in Deutschland gearbeitet haben und dort Erfahrungen über innere Stimmungen, Diskussionen und Bedürfnisse gesammelt haben. Zu allem hinzu hat zuvor noch eine öffentliche Auseinandersetzung über die Notwendigkeit einer solchen Kundgebung mit dem Genossen Kautsky stattgefunden, in der das Recht zu einer solchen Kundgebung in folgenden Sätzen niedergelegt worden ist:

„Wir sollten nicht darnach streben, einen gemeinsamen Ausdruck für das zu finden, was heute viele Tausende bewegt, die wir sammeln müssen, sollten nicht darnach trachten, den Zweifelnden und Fragenden klare Antworten zu geben.“

Nein es war nicht gut, daß Genosse Aufhäuser von „irgend einem mit Mehrheit beschlossenen geformten fertigen Standpunkt des Parteivorstandes“ gesprochen hat — und es war vor allem nicht richtig!

Zum zweiten findet Genosse Aufhäuser die Form ungenügend. Sie ist ihm zu leicht, er hätte mehr historische Betrachtungsweise gewünscht, eine Untersuchung, warum die reformistische Politik der Vergangenheit zu Rückschlägen geführt hat und eine objektive Würdigung der geschichtlichen Vorgänge seit 1918 und seit 1914. Im Ernst werden hier Ansprüche gestellt, die selbst ein Parteiprogramm mit einem breiten theoretischen Teil nicht erfüllen könnte. Die historischen Bedingungen für die Politik von 1918 und die Veränderung dieser Bedingungen werden am Beginn des dritten Abschnitts der Kundgebung kurz und scharf aufgezeigt. Die Untersuchung aber, die Genosse Aufhäuser wünscht, müßte nichts anderes sein als eine kritische Geschichte der deutschen Arbeiter-

Deutsche Stadt, braun angemalt

Von einem deutschen »Staatsfeind«

I.

Nun blicken die Mauern unserer Stadt schon auf viele Monate „brauner Epoche“ herab. Wenn die Mauern Köpfe hätten, würden sie sie schützen. So hohle, graue, verlogene Zeiten haben sie in ihrer langen Geschichte noch nicht erlebt. Würde man doch, wer in der Stadt eigentlich die Führerpersönlichkeit der neuen Zeit darstellt... In den Schaukästen der Fotografen hängen Vergrößerungen von Bildern aller wichtigen Amtswalter und SA-Führer aus. Sie bemühen sich, markante Gesichter zu machen, aber es wäre vergebliches Bemühen, unter ihnen das Antlitz eines Menschen, eines Geistigen oder gar eines Führers zu suchen. Wer mag eigentlich in Wirklichkeit die Stadt regieren?

Der neugebackene Oberbürgermeister, ein unbedeutend aussehendes Mittelschichtsherrchen anfangs der Dreißiger, scheint es nicht zu sein. Sein Licht brannte bereits früher schwach. Er kam auf seinen Platz nur, weil er im „tollen März“ der Fahnenhissungen, Hausbeschlagnahmen, Massenverhaftungen und Aemterumbesetzungen neben fünf, sechs Mitbewerbern gleichen Kalibers die Amtswalterclique mit den besten Elbogen hinter sich hatte. Wie gesagt, Größe geht nicht von ihm aus, die Eingeweihten mokieren sich köstlich ob der Bemühungen der Städtischen Pressestelle, ihren obersten Chef zum geistigen Schöpfer von Projekten zu erklären, die Jahre vorher bereits seine Vorgänger im Amt ersonnen und organisatorisch vorbereitet haben. Doch eines verstand der neue Mann, obwohl er eine Null ist und die Kommunalpolitik unter ihm zur Pflückerel und Wurschtel herabgesunken ist: — sich monatlang einige hundert Mark mehr zahlen zu lassen als sein verdienstvoller Vorgänger. Die Gefolgsmänner vernahmen das knurrend, aber es ist anzunehmen, daß dies an der Tatsache nichts geändert hat.

Die braunen Bonzen.

Es gab noch viele andere Posten während des braunen Futterkrippentums zu besetzen. Wer nistete sich ein? Minderwertige, Entwurzelte, Glücksjäger! Und nirgends auf leitendem Posten ein früherer Arbeiter, auch auf den Büros der am 2. Mal gekappten Gewerkschaften nicht. Dort hausten verkraachte Mittelständler, von denen keiner bei seinem Stellungsantritt eine Ahnung vom Gewerkschaftswesen besaß. Da wollte ein blutjunger, wichtigtuender Handlungsgehilfe den großen Landesbezirk einer Arbeitergewerkschaft leiten, wußte aber vorm Arbeitsgericht nicht einmal zwischen einem Termin und einer Instanz zu unterscheiden! Andere Gewerkschaftsbonzen brauner Observanz rauten sich die Haare, weil seit Beginn ihrer Tätigkeit die Kasse nicht stimmen will und müssen darum — immer wieder einmal — einen der rausgeschmissenen Marxisten heranziehen, damit er das Tohuwabohu ordnet. Zu ihrer Verblüffung fanden sie bei ihrer Machtübernahme alles in pein-

licher Ordnung vor und über die Niedrigkeit mancher Gehälter waren sie gerade verblüfft. Einer der neuen „Arbeiterführer“ erklärte kürzlich in einer Gewerkschaftsversammlung, daß er eine vorbildlich und sparsam geleitete Verwaltung übernommen habe und dafür seinem Vorgänger danken müsse. Darauf ein Zwischenruf aus dem Hintergrund: „Und warum habt ihr den tüchtigen Mann rausgeschmissen?“ Dem NSBO-Bonzen blieb die Spucke weg. Er stotterte noch eilig über den heiklen Punkt hinweg.

Weihnachtsgratifikation.

Das „Fest der Liebe“ war herangekommen. Große Spannung unter den Erwerbslosen der Gewerkschaften: Würden sie auch diese Weihnachten das übliche Geldgeschenk aus der Ortskasse erhalten, das im Jahre zuvor noch, je nach der Familiengröße, 5 bis 10 Mark ausgemacht hatte? Erst schien es so. Die Unterkassierer legten bereits bei ihren Rundgängen die Listen für die Auszahlung an. Hoffnungsvoll zogen Scharen von Erwerbslosen zu den Verbandsbüros, um sich ihr Geld abzuholen. Dort war man verwundert und empört: „Was, Geldgeschenk? Wer hat Sie eigentlich hierhergeschickt? Kommt gar nicht in Frage, denn unsere Zentralstelle hat doch der Winterhilfe bereits gespendet. Wenden Sie sich an die Winterhilfe!“

Enttäuscht zogen die Erwerbslosen ab. Sie hatten sich auf die kleine zusätzliche Geldsumme gefreut, mit der sie nach eigenem Gutdünken Weihnachtsgeschenke für die ihrigen kaufen wollten. Bei der Winterhilfe erhielten sie aber nur die üblichen Lebensmittelscheine, die alle bekamen. Man kann sich die Empfindungen dieser erwerbslosen Gewerkschaftler vorstellen, als sie anderentags erfahren, daß die neuen Bonzen der Gewerkschaftsbüros zu Weihnachten sämtlich ein Monatsgehalt extra erhalten hatten! Aha, darum war soviel von Weihnachtsgratifikation die Rede gewesen!

Winterhilfe — Riesenschwindel.

Ein Kapitel für sich ist die Winterhilfe, die „grandiose Schlacht gegen Hunger und Kälte“. So etwas ist noch nie dagewesen! — rief Reklame-Göbbels. Davon sind auch die Bedürftigen überzeugt; so wenig wie in diesem Winter haben sie in früheren Jahren nicht bekommen. Einmal waren ihre Erwartungen allerdings hoch gespannt gewesen. Das war am Tage vor der berüchtigten Volksabstimmung, vor dem 12. November. Unerwartet erschienen da die braunen Funktionäre der „NS-Volkswohlfahrt“ in den Wohnungen der Erwerbslosen, brachten ihnen Lebensmittelscheine im Wert von einigen Mark, fragten nach ihren Wünschen bezüglich Mäntel, Schuhen, Kleidern, Wäsche usw. und drängten sie, möglichst viel Wünsche zu Protokoll zu geben. Auf die Erfüllung der Wünsche warten die Erwerbslosen heute noch. Sie erkannten nur zu bald, daß mit der Winterhilfe genau so Schwindel getrieben

wurde, wie bei der Auszahlung der Stimmzettel, bei der alle unbeschriebenen Zettel von vornherein als Ja-Zettel gerechnet wurden.

Zu Weihnachten erhielt die vierköpfige Familie etwa für 5 bis 6 Mark Lebensmittelgutscheine, darunter zwei im Werte von je 50 Pf. für Gas und Elektrizität im — nächsten Vierteljahr. Auf den Wohlfahrtsämtern wurde — zum ersten Mal wieder — laut zu schimpfen gewagt: „Das soll alles sein?! Wann erfüllt ihr eure Versprechungen?!“ — „Unter den Sozialdemokraten haben wir viel mehr gekriegt!“ Erwerbslose SA-Leute standen neben den Rufem. Sie dachten nicht daran, gegen die „Miesmacher“ vorzugehen. Im Innern gaben sie ihnen vielleicht recht. Hatte man nicht im vorigen Jahre mehr Kohlen erhalten? Und außerdem jeden Tag ein gutes Winterhilfs-Essen, von dem man zum Abendessen noch etwas übrig behalten konnte?!

Kein Wunder, wenn die Erwerbslosen fragen: „Wo bleibt denn eigentlich das gesammelte Geld und die überall zusammengefochtenen Lebensmittel? Verbraucht man — unkontrollierbar, wie die braunen Herrschaften sind — da Geld für die sagenhafte „Arbeitsbeschaffung“ oder für die viel greifbarere Aufrüstung, über die in Arbeiterkreisen besorgt gesprochen wird? Dienen die Winterhilfsmittel zur Besoldung der braunen Heuschrecken? Jedenfalls schleppen gewisse SA-Leute alleweil dicke Pakete nach Hause, die den marxistischen Erwerbslosen zumindest so gut auffallen wie der Geheimen Staatspolizei etwaige Pakete voll illegaler Schriften. Die Erwerbslosen nennen die Winterhilfe einen „Riesenschwindel“ und viele unter ihnen sind zu stolz, sie in Anspruch zu nehmen und darben lieber.

Arbeitsbeschaffung.

Das Wort „Arbeitsbeschaffung“ eignet sich ausgezeichnet für die Nazi-Propaganda im Ausland. In den Arbeiterkreisen Deutschlands aber höhnt man darüber, weil man genau weiß, daß es sich um Seifenblasen handelt. Es gibt einen grimmigen Witz darüber: „Weißt Du, daß die Erwerbslosen immer weniger werden?“ Der Angesprochene will wütend entgegnen, aber der andere streicht sich mit der Rechten am mageren Leib herunter und ergänzt seine provokatorische Frage mit dem lakonischen Wort: „Nämlich hier!“ Eine Zeitlang wurde auf den Stempelstellen so ungefähr aller deutschen Städte behauptet, in auswärtigen Zeitungen hätten Inserate gestanden, welche Arbeiter für die Stadt suchten, da infolge restloser Unterbringung der Erwerbslosen in der Stadt selbst Arbeiter nicht mehr zu haben seien. Ob diese Inserate wirklich erschienen sind, war nicht festzustellen. Da man aber den Nazi-Schwindlern alles zutraute, glaubte jedermann an besagte Inserate und Verwandte gratulierten sich gegenseitig über viele Kilometer Entfernungen hinweg brieflich zu des anderen Erlösung vom Uebel Erwerbslosigkeit, was natürlich er-

staunte Antwortbriefe hervorrief. Traf in jenen Tagen einer einen Bekannten und vernahm, daß dieser zum Stempeln ging, so wurde er mit kunstvoller Verwunderung gefragt: „Stempela gehst Du?! Ich denke, es gibt hier keine Erwerbslosen mehr! So, du bist der Letzte...!“

Nach allen Feststellungen und Beobachtungen hat die Zahl der Erwerbslosen in unserer Stadt kaum abgenommen. Das lehrt schon ein Blick auf den Betrieb des Arbeitsamtes, wo die Schlangen der Anstehenden täglich mehr zunehmen. Übliche Wechselrede, wenn sich ein Neuer hinten anschließt: „Man sieht doch, daß die Erwerbslosen abnehmen...“ — „Ja, Papier ist geduldig!“

Sicher fanden und finden in verschiedenen Betrieben noch heute gelegentlich Neuinstellungen statt, aber dabei handelt es sich vorwiegend um Auswechslungen der Inhaber der Arbeitsstellen, wobei marxistische Arbeiter durch Nationalsozialistische ersetzt werden. Allerdings stoßen diese Auswechslungen auf immer stärkeren Widerstand der Betriebsleiter, die aus Erfahrung wissen, daß sie für vorzügliche Qualitätsarbeiter anspruchsvolle „Schrott“-Macher eintauschen. Es gibt Betriebsabteilungen, die trotz aller Versuche der NSBO-Stellen darum nazi-rein bleiben, weil Arbeiter aus Nazi-Kreisen die Spezialarbeit einfach nicht leisten können und von ihren marxistischen Kollegen wohl Hilfe auf jede Bitte, nie aber spontane Hilfe erhalten.

Die wenig neubegonnenen Projekte, die als besondere Arbeitsbeschaffung anzusprechen sind geben nur einigen hundert Leuten Arbeit, aber auch nur an frostfreien Tagen und nur für eine kurze Zeit. Der Lohn ist nur wenig höher als die Erwerbslosenunterstützung, und die betreffende Familie steht sich, da vom Lohn die Abzüge für die Sozialversicherung, für Spenden und oft gar für empfangene Wohlfahrtsunterstützung abgehen und der arbeitende Mann auch mehr als bisher an Kleidung, Essen usw. verbraucht, schlechter als vor seiner Einstellung.

Es gibt genug kritische Köpfe unter den Erwerbslosen, die mit Verstand und Beobachtung hinter die Verschleierungskünste der amtlichen Fabrikanten von Erwerbslosenstäbchen kommen und ihre Schicksalsgenossen darüber ins Bild setzen. Welch Gelächter, als eines Tages mit lautem Triumphgeschrei in der Presse verkündet wurde, der und der Ort der Umgebung wäre von Erwerbslosen nunmehr völlig frei. Jeder Arbeiter wußte nämlich, daß alljährlich sich dieses Wunder während der Ernteverarbeitungskampagne ereignet, sich aber auch nach der Saison schön wieder alle Erwerbslosen einfanden.

Die jungen Erwerbslosen unter 25 Jahren werden in bekannter Weise — „Sonst wird ihnen die Unterstützung gesperrt“ — in den „freiwilligen Arbeitsdienst“ gepreßt. Nur SA-Leute blieben ausgenommen. Verschiedentlich beiraten Zwanzigjährige, um vom Freiwilligen Arbeitsdienst verschont zu bleiben. Aber die Behörden respektieren die Tatsache der Verheiratung durchaus nicht. Die F.-A.-D.-Leute müssen tüchtig arbeiten, aber noch mehr exerzieren. Ohne Zweifel stellen die Arbeitslager besonders vorzügliche Brutstätten des Marxismus dar und jedes Lager hat seine

Das Prachtexemplar

Den Krieg durchfocht er als Franzosentöter in der Etappe. Gott erhielt ihn heil. Nach achtzehn wurde er erst rot, dann röter und nahm an jedem Antikriegstag teil.

Doch dann besann er sich auf seine Taten und schrie im Frontbund feste mit hurra, dann ließ er sich vom Prokuristen raten und ging als Fahnenträger zur SA.

Auch im Betriebe trat er in Erscheinung, er war ein treuer Knecht, der niemals schlief, verfochten die Kollegen eine Meinung, verhalf er ihnen prompt zum blauen Brief.

Im Jahre dreißig avancierte der Heidenjüngling plötzlich über Nacht, er spitzele, er log und denunzierte und hat es seither herrlich weit gebracht.

Dem Prokuristen, der ihn einst gedungen, hat er gezeigt, was eine Harke ist, er hat den Judensümmling kühn bezwungen und heute ist er selber Prokurist.

Auch Sturmbannführer ist er längst geworden, ein Kerl, der blonden Mädchen wohlgefällt, beim Menschenschinden, Schließen, Prügelein, Morden erwies er sich als guter Christ und Held.

Wenn er einst stirbt, setzt Göbbels seiner Tugend ein Denkmal, drauf ein jeder lesen kann: „In seinem Geist erziehen wir die Jugend, heil ihm! Er war ein rechter brauner Mann.“

Smoking und Braunhemd

Von Karl Max.

Aber nein! Ihr tut ihm Unrecht, wenn ihr behauptet, er kaue stets nur öde Stammtischphrasen wieder, er schwatze vor der Volksversammlung und im Reichstag ungefähr das gleiche gedankenarme Zeug daher wie Herr Pachtulke nach der fünften Halben. Mag das im allgemeinen zutreffen, so kennen wir doch ein Wort von ihm, ein Wort — Feinschmecker muß man sein, um es ganz zu genießen. Der Arbeitsfront-Unteroffizier Ley hat hat es enthüllt und WTB hat es verbreitet, das markige Wort Adolf Hitlers: „Wenn ich könnte, ich würde jedem Arbeiter einen Smoking schenken.“

Das Wort sie sollen lassen stahn! Was ist Heinrich IV., der jedem Bauern ein Huhn in den Topf wünschte, neben Adolf, der jedem Arbeiter seinen Smoking wünscht! Auf den Smoking kommt es an; der Smoking macht es. Da haben alle Professoren dicke Wälzer über die soziale Frage zusammengeschmiert und von Kapitalprofit und Arbeitslohn orakelt, aber auf die geniale, die schöpferische Idee, daß die Lösung im Smoking stecke, ist keiner verfallen; in der gesamten nationalökonomischen Literatur findet sich das Wort Smoking nicht. Wie hätte gar der Jude Mardochai alias Marx die Nuß knacken können! Er besaß, obwohl er bekanntlich von der Goldenen Internationale ausgehalten wurde, überhaupt keinen Smoking; er hatte oft nur einen einzigen tragbaren Rock, der überdies — rechte Lumpenwirtschaft! —

zuweilen noch auf dem Pfandhaus lag. Aber was schlimmer ist: er hatte nicht einmal Sehnsucht nach einem Smoking. Er begriff das Wesentliche nicht. Darum suchte er die Köpfe der Arbeiter mit verlogenen und heizerischen Phrasen vollzupropfen: Eroberung der politischen Macht, Expropriation der Expropriateurs, Vergesellschaftung der Produktionsmittel, Uebergang in die sozialistische Gesellschaft. Alles Blech! Smoking allein schafft es.

Es mußte ein Oe- und Austreicher kommen, dem eigentlich der Kitzel näher sein sollte als der Smoking, um dem blinden Jahrhundert den Star zu stechen. Und wirklich, aus seinem Wort fällt es wie das Licht von tausend Scheinwerfern auf den ganzen Hakenkreuz-Trödelkram und seinen Firmeninhaber. Wer sieht ihn nicht, den kleinen Spießkerl mit Minderwertigkeitskomplexen, wie er sich in seiner Wiener Periode schäbig und abgerissen, manchmal doch in ein Tankaffee stiehlt. Und wenn er die „Zavallere“, die Portokassenjünglinge im flotten Smoking gewahrt, schwilt sein Minderwertigkeitsgefühl ins Gigantische, und mit blassen Lippen schwört er sich zu: „Auch ich muß eines Tags...“ Als er denn an der Spitze der größten Spießerbewegung der Geschichte steht, lebt in seinem Unterbewußtsein immer noch die Sehnsucht nach dem Smoking. Zwar erfindet er eine andere Tracht, aber er wirft gewissermaßen mit der Wurst des Braunhemds nach dem Schinken des Smokings. Man könnte auch sagen: Per aspera ad astra! Durchs Braunhemd zum Smoking! Und was das Herz voll ist, des geht das Mundwerk über: eines Tages sieht er seinem Ley ins tränende Alkoholikergesicht und vertraut ihm an:

„Wenn ich könnte, ich würde jedem Arbeiter einen Smoking schenken“. Den wer einen Smoking hat, denkt nicht an die politische Macht, sondern ans Tankcafé, sitzt gehoben mit Expropriateurs am gleichen Tisch, strebt nicht nach der sozialistischen, sondern nach der feinen Gesellschaft.

Heute aber, so er im stillen Kämmerlein über sich nachdenkt, staunt er nicht, daß er Reichskanzler ist und mit einem kaiserlichen Generalfeldmarschall fast zwanglos verkehrt; er staunt nur, daß er es endlich zu einem Smoking gebracht hat. Und tritt vor den Spiegel, um sich zu überzeugen. Stimmt! Heil Hitler! Die soziale Frage ist gelöst! Durch Adolf? Bewahre! Für Adolf — er hat einen Smoking!

Der braune Frack

Das Fachblatt für das Schneidergewerbe propagiert in seiner letzten Nummer den braunen Frack als zeitgemäßen „dernier cri“. Das sieht so aus:

„Brauner Frack oder brauner Smoking, schwarze Hose mit braunen Galons. Selbstverständlich sind auf dem Rock auch die besonderen braunen Seidenaufschläge nicht vergessen und vor allen Dingen jene Stelle nicht — für jeden Gleichgeschalteten das wichtigste — die für das Parteilabzeichen vorgesehen ist.“

Die gleichgeschaltete Presse weint dazu: „Man scheut sich also nicht, die Ehrenfarbe des nationalsozialistischen Freiheitskampfes, um die Ströme besten deutschen Blutes geflossen sind, jenen Leuten als Dekoration zu empfehlen, die wohl auf dem

so genannten „roten Baracken“, in denen die unverwundlichen Jungmarxisten isoliert werden.

Die Wohlfahrtserwerbslosen leben das neue System besonders heiß. Es zieht sie häufig zur Pflichtarbeit in Gartenanlagen usw. heran, vergibt aber regelmäßig den früher dafür üblichen Unterstützungszuschlag auszuzahlen.

Enttäuschter Mittelstand.

Die Mittelschichten sind bekanntlich die eigentlichen Träger des Nationalsozialismus. Aus ihren Reihen rekrutieren sich die neugebackenen Amtswalter aller Sorten, die SA-Führer, die SS., und überwiegend die SA selbst. In diesen Mittelschichten wachsen, soweit es sich nicht um Leute handelt, die an den Futterkrippen des neuen Systems sitzen, Enttäuschung und Verdrossenheit. Die Ladenbesitzer und selbständigen Handwerker kommen aus dem Stöhnen und Seufzen nicht mehr heraus. Im Sommer und Herbst 1933 verzeichneten sie einen Geschäftsrückgang von etwa 20 bis 30 Prozent. Dabei werden die parteiamtlichen Spenden- und Beitragssammler immer zahlreicher. Man kann mit Leichtigkeit in der Seele eines Bäckermeisters lesen, der feststellen muß, daß sein Umsatz an besseren Backwaren wie Hörnchen, Brötchen, Kuchen, Zwieback katastrophal zurückgeht und ihm bald nur der Brotumsatz bleibt, dem aber der mit einer Spendenliste für ein Stadtfest der NSDAP, versehene Amtswalter hinter die vom Bäckermeister eingetragene Zahl von 5 gespendeten Broten — ohne mit der Wimper zu zucken — eine Null dahinter setzt, so daß er also 50 Brote abzuliefern hat. Das gleiche Verfahren wird auch gern Arbeitern gegenüber angewandt, die am Lohnfeststellen müssen, daß man ihnen statt einer notgedrungen gezeichneten Spende von 50 Pfennig einfach 1.50 Mark abgezogen hat.

Die Geschäftsleute, deren Unternehmungsgelbst angeblich das neue System stärken wollte, haben ihn in Wahrheit restlos verloren und scheuen sich vor der geringsten Neuanschaffung. „Ja, wenn wir das gehabt hätten! Wir hatten uns ja alles ganz anders gedacht!“ so seufzen die betrogenen Mittelständler, „was soll bloß noch werden?“ Die Welt wird immer grauer und hoffnungsloser für uns... Wenden sie sich mit ihren Klagen an den Kreis der fanatischen Hitlerapostel, jener, die noch täglich ihr Hitlerbild bekränzen und in Tränen ausbrechen, wenn ihr sich wieder einmal im Rundfunk produzierender Abgott heiser ist, so werden sie auf die goldene Zukunft verworfen. Weisen sie aber auf nicht wegzuleugnende Schwelgereien im örtlichen Nazilager hin, so heißt es bei den Fanatischen: „Wenn das Hitler wüßte, käme das nicht vor.“ Daran sind nur schlechte Berater schuld.

Die Beamten und Lehrer heben wie Gliederpuppen automatisch ihr Pfötchen zum Hitlergruß, murmeln das „Heil Hitler“, so wie man gewohnheitsmäßig „Schlecht Wetter heute!“ sagt, und füllen ergeben, immer wieder einmal, die mit ihrem Namen voraus-

versehene Spenden- und Beitrittslisten aus. Aufzumucken wagt vorläufig keiner. Ihnen ist ja sogar amtlich untersagt worden, auch nur Bitten um Gehaltserhöhungen zu äußern. Sie haben „altpreußische Unterdienungs“ zu üben, was auch kommen mag, und müssen nur laut sein, wenn es Begeisterung für das System zu zeigen gibt. Kommt das Kommando „Fahnen heraus!“, so beellen sich die Mittelständler, ihr Folge zu leisten. Jeder ist ängstlich bemüht — der Beobachtung wegen — die Fahne möglichst früh herauszubringen und möglichst lang hängen zu lassen, aber man behandelt die Fahne innerlich so wurstig wie ein Bettuch oder eine Kinderwindel. So mancher eingeschriebene Nationalsozialist von der Gattung der „Märzgefällenen“ ist auf das parteiamtliche Blatt abonniert, ohne es je zu lesen. An den zahlreichen Reden der neuen „Staatsmänner“, die im Rundfunk ertönen, deklariert man sich so selten als möglich. Die Ehefrauen und Bräute der in den Dienst der SA, der NSDAP, der NS-Volkswohlfahrt, des Gasschutzes und der

anderen ungerühmten Nazi-Organisationen mehr zwangsmäßig als freiwillig eingespannten Bürger fragen sich oft, wann eigentlich das so hoch gepriesene deutsche Familienleben vor sich gehen soll, da die Männer doch ständig in Anspruch genommen werden. Für die propagierte Bevölkerungsvermehrung, die auch der überzeugte Nazi lieber den Nachbarn überläßt, fehlt jedenfalls die notwendige Muße. Den Bürger hungert, wenn auch nur zu egoistischen Privatzielen, langsam nach Freiheit. Er lernt Freiheit zu schätzen, weil er sie nicht mehr besitzt.

Die Bauern aus der engeren und weiteren Umgebung der Stadt haben das System, seine Großsprecherien, seine windigen Funktionen, sein ewiges Bettelsackschwimmen und Steuertreiben satt bis zum Halse hinauf. Die Hausierer berichten, daß sie in 80 Prozent der Fälle auf den Hitlergruß von den Bauern mit scharf betonter Stimme ein „Guten Tag“ zur Antwort erhalten. Ländliche Stahlhelmversammlungen ähneln mitunter Kommunistenversammlungen.

Hauptdarsteller der meisten seiner idiotischen Filme.“

Gebrüder Feuchtwanger.

„Als vor einiger Zeit Philipp Scheidemann im Auslande sich in wüsten Schmähungen gegen Deutschland erging, steckte die preußische politische Polizei eine Anzahl seiner nächsten Anverwandten ins Konzentrationslager. Seit dieser Zeit ist der Landesverräter Scheidemann stillgeworden. Wenn der Schandjude Lion Feuchtwanger gegen Deutschland hetzt, halte man sich seinen Bruder Martin in Halle. Weg mit aller Sentimentalität. Der Jude kennt sie auch nicht. Ohne einen Schuß berechtigter Brutalität ist die Judenfrage nicht zu lösen.“

Enrico Caruso war ein Jude.

„Vor Jahren kam ein ehemaliger Schnorrer, der nach Wien ausgewandert war und es dort bis zum k. u. k. Kommerzialrat gebracht hatte, nach seiner Vaterstadt in Galizien! Wenn uns das Gedächtnis nicht täuscht, war es das Städtchen Neu-Sandetz. Länger als gedacht blieb der Kommerzialrat unter seinen Verwandten, so daß ihn der Freitagabend noch im Städtchen überraschte. Strenggläubig wie er war, durfte er nun nicht mehr reisen und ging in die „Schul“. Hier hörte er den Vorbeter Caro singen und da ihm der Gesang gefiel, ließ er sich den Vorbeter vorstellen, gab ihm Geld für eine Wiener Reise und ließ ihn von einem Gesangslehrer prüfen. Die Folge war, daß Caro nicht mehr nach Neu-Sandetz zurückkehrte. Der Herr Kommerzialrat betätigte sich als Kunstmäzen und sandte ihn nach Mailand, wo Caro seinen Namen änderte und Singen und Italienisch lernte. Was seitdem eine gewisse Presse aus diesem Caruso gemacht hat, ist bekannt.“

Wie der Weltkrieg vorbereitet wurde. — Die Juden waren die Hauptmacher.

„Als im Jahre 1911 im Juli ein großes Raunen durch die gesamte jüdische Weltpresse ging und man von einem großen Weltkrieg sprach (der Grund sollte die seinerzeit bekannte Marokkoaffäre sein), da saßen zur gleichen Stunde, als die Herren Botschafter der gesamten europäischen Staaten mit dem deutschen Staatssekretär Kitterlen-Wächter (soll heißen Kiderlen. Red. d. „N.-V.“) im Hotel „Fürstenthor“ zu Bad Kissingen verhandelten, die größten Finanzjuden in Zürich, um Deutschland den Weltkrieg aufzuhalsen und es zu vernichten. Die Hauptlumpen waren zu jener Zeit in Zürich u. zw. Rathenau, Fürstberg, Melchior, Einstein, Baron Gutmann (Budapest), Rothschild (Wien), Mandelbaum und der weltberühmte Ballin. Die Vermittlerrolle spielte seinerzeit die so satissam bekannte Fürstin Koslowsky.“

Im Jahre 1913 war ich in England in der Masonic Hall in Birmingham als Angestellter tätig. Was ich da im Monat Januar 1913 dort erlebte, gab mir sehr viel zu denken und heute weiß ich auch erst, um was das ganze Gemäusel ging. Die St. Pauls Lodges und der Odd-Fellows Orden hatte zu einer internationalen

Hitlerdeutsche Dokumente

Julius Streichers „Stürmer“ ist in der Welt bekannt. Wer den Geist des Nationalsozialismus an der Quelle studieren will, muß immer auf ihn zurückgreifen. Sein Herausgeber ist einer der Intimsten Adolf Hitlers, einer der Ersten im Dritten Reich. Er bekleidet eine Reihe wichtiger Ämter, u. a. ist er auch Vorsitzender des Komitees zur Bekämpfung der jüdischen Greuelhetze. Die folgenden Zitate sind wörtlich den im Februar erschienenen Nummern 6 und 7 der von ihm herausgegebenen Wochenschrift entnommen.

Die Mädchenschänder von Karlsruhe. — Das Volk will sie lynchen.

„Die Juden Hirschberg und Schrieblheim treiben ihr rasseschänderisches Verbrecherhandwerk schon lange. Herauszubekommen, wie viele deutsche Mädchen sie verseuchten und schändeten, ist jetzt Aufgabe der eingeleiteten Untersuchung. Als die Schandtat der zwei Verbrecher ans Licht kamen, entgingen sie mit knapper Not der Lynchjustiz. In einem so gelagerten Falle sollte man eigentlich das Volk nicht hindern Justiz zu üben. Verbrechen, wie sie die Juden Hirschberg und Schrieblheim auf dem Gewissen haben, können nur mit dem Tode Sühnung finden. Fremdrassige Schänder deutschen Blutes und deutscher Frauenehre, jüdische Wüstlinge und Sittlichkeitsverbrecher gehören an den Galgen. So lautete einmal bei unseren Vorfahren ein Gesetz. So muß es wieder kommen.“

Das Judentum in der Tschechoslowakei.

„Die jüdeten „deutschen“ Sozialdemokraten, deren Volksbewußtsein niemals wahrnehmbar gewesen ist, haben sich unter dem Einfluß der Emigranten offen als Judenkechte entlarvt

und wenn man einen Herrn Senator Niebner von „braunen Hunnen“ sprechen hört, wenn der „Neue Vorwärts“ den Präventivkrieg gegen Deutschland preist, dann wissen wir genau, welcher Geist die Worte diktiert.“

Es nützt nichts, wenn heute jüdische Abgeordnete im Prager Parlament Brandreden gegen das Hitlerdeutschland halten und noch immer über Greuelmürden zetern, die ihren paralytischen Gehirnen entstiegen.“

Die Schmach von Bruchsal.

„Julius Weil, der Mitinhaber der Wellpappwerke Bruchsal, der Papierfabrik Isidor Weil und einer gleichnamigen Buchdruckerlei, ein häßlicher buckliger Jude, schreibt an seine Villa „Haus Weil“. Sein Vater hat vor dem Krieg mit Lumpen gesammelt. Von seinem Erzeuger hat der Jude Julius Weil eine unstillbare Gier nach blonden deutschen Mädchen vererbt erhalten. Erst vor einigen Wochen wurde er beobachtet, wie er mit einem deutschen Mädchen im Auto in seine Fabrik fuhr. Man sollte es nicht für möglich halten, daß es Frauenzimmer gibt, die die Ueberwindung aufbringen, mit einem derartigen verbuckelten häßlichen Juden sich einzulassen.“

Charlie Chaplin ist ein Jude.

„Der Weltkampf, Heft 60, meldet, daß Charlie Chaplins Mutter Hanna einer nach London eingewanderten ostjüdischen Familie Tonstein entstammte. Charlie wanderte, 19jährig, aus dem Londoner Ghetto aus und wurde Mitglied eines zweitrangigen Varietés. Durch MacSennet in Los Angeles kam er zum Film, als Liebling des amerikanischen Publikums. Er ist Verfasser, Regisseur und

Arabens freie Söhne.

Auf die der Mond der Wüste scheint:
Da wirft er sich zur Erd — und weint.

Aber der allgemeine Schwarm für die unglücklichen polnischen Freiheitshelden konnte leider nichts daran ändern, daß diese Konjunktur jahrzehntelang von Glücksrittern, Hochstaplern und Schwindlern arg ausgebeutet wurde. In den Schänken und Salons der westlichen Länder saßen pompös benamsete Nepper und Nassauer, die von ihren Heldentaten bei Ostrolenka brannten, ohne je einen Schuß Pulver gerochen zu haben. Diesen Ritzern brannte Heinrich Heine sein Gedicht von Krapiński und Wschlappski aufs Fell:

Wohnten in derselben Stube,
Schliefen in demselben Bettel
Eine Laus und eine Soole,
Kratzten sie sich um die Wette.

Spelsten in derselben Kneipe,
Und da keiner wollte leiden,
Daß der andre für ihn zahle,
Zahlte keiner von den Beiden.

Das war wohl das satirischste aller Flüchtlingsgerichte der damaligen Zeit, das teutonischste jedoch lieferte Franz Dingelstedt, einst seiner oppositionellen Gesinnung wegen in Ungnade gefallen und 1843 vom württembergischen König wieder in Amt und Würden aufgenommen. Auch dieses betitelt sich „Die Flüchtlinge“ und beginnt: „Es sind der Männer fünf bis sechs um einen Tisch gesessen.“ ... Und alle — der Spanier, der Russe, der Grieche, der Lombarde, der Schweizer — fluchen den Tyrannen ihrer Heimat:

So wirbelte durch das Gemach
Auf blauer Tabakwolke
Das Bild von mancher großen Schmach,
Von manchem großen Volke.

Nur einer ist still geblieben: „ein blasser Junge, mit blondem deutschem Lockenhaar, mit blöder deutscher Zunge.“ Und als ihn die andern fragen, warum er so früh in Acht und Bann wandern mußte und warum er dem „Land, das ihn verraten“, nicht Zeter rufe, da steht der blonde Jüngling auf, und wirft ein Glas herrlich an die Wand, „Im Auge blaue Blitze“:

Das wolle Gott im Himmel nicht,
Das solches je geschehe!
Nein! Wer mit deutscher Zunge spricht,
Ruft Deutschland niemals Wehe!
Er rief. Und Herz und Stimme brach
In lang verhaltenem Weinen.

Solches gefiel den deutschen Despoten, so brauchten sie ihre Untertanen! Mochten sie auswandern, flüchten, ins Exil gehen, aber Unterdrucker und Vaterland sollten ihnen immer untrennbar sein! Die Vorteile dieser Begriffsvermanschung hat auch Hitler erfaßt; auch er läßt seine Barden in die Salten stürmen und läßt sie als vaterlandslos und Landesverräter beschimpfen, die einen Unterschied zwischen Deutschland und dem braunen Despotismus machen.

Das Verweben der Romantik setzte auch die Flüchtlingslieder in der deutschen Lyrik außer Kurs. Das Volk trat auf die politische Bühne, Herweghs und Freiligrats revolutionäre Lyrik legte über den Plan und kündete die 48er Sturmjahre an; sie wurden die Väter einer neuen sozialen Dichtung, die für individuelle Leiden und Schicksale einzelner wenig Raum läßt.

glatten Parkett des Ballsaales heimisch waren, mit dem jahrelangen Kampf der braunen Bataillone größtenteils aber nichts zu tun hatten, es sei denn in irgendeiner regnerischen Form als Parlamentarier, Syntemjournalist usw. Es darf wohl erwartet werden, daß diesen gleichsollungswütigen Modenschneidern von zuständiger Stelle gehörig die Maße genommen werden.“

Wir entnahmen diesen Stoßseufzer der Nr. 40 der „Braunschweigischen Landeszeitung“.

Flüchtlingslieder von ehemem

Von Bruno Brandy.

Das Schicksal des heimatlosen Freiheitskämpfers, der Volk und Vaterland verließ, um Freiheit und Gesinnung zu retten, hat das Gemüt der Menschen oft bewegt. In der Zeit des Deutschen Absolutismus hüllte sich die Lyrik der Romantiker gern in dies Gewand, wenn sie eine Feder für die Freiheit einlegen wollten. Sofern der Dichter nicht mit der Zensur karambollen wollte, mußte er seinen Stoff von fremden Schauplätzen beziehen. Der Widerhall, den die Freiheitskämpfe anderer Völker im Herzen der vormärzlichen Romantiker findet, drückt sich in Flüchtlingsdichtungen aus, deren Empfindsamkeit Pathos und Rhythmus uns Kindern eines sachlicheren Zeitalters weniger romantisch als naiv, sentimental oder gar lels komisch anmutet — so wandeln sich Maß und Versgefühl der Zeiten.

Das hat sich Uhland wohl kaum träumen lassen, als er seine Ballade von der „Bildassoabrücke“ dichtete: Spanische

Rebellen flüchten über den Grenzfluß in „fränkischen Gau“, rollen die Fahne zusammen, suchen „eine Freistadt in der Fern“; alle bluten, nur der Führer Mins, benarbt als alle anderen, ist diesmal unverwundet. Als ein alter Kriegsmann dies preist, da rafft sich der müde Mina vom Steine empor:

Blickt noch einmal nach den Bergen,
Wo die Sonne sinken will:
Seine Hand, zur Brust gehalten,
Hemmt nicht mehr des Blutes Lauf.
Auf der Bildassoabrücke
Brachen alte Wunden auf.

Mächtige romantische Wallungen hinterließen vor allem die polnischen Unabhängigkeitskämpfe; sie spiegeln sich in Lenasus Polenliedern. Als 1794 der letzte Aufstand (vor der dritten Teilung Polens) zusammenbrach, gingen viele der Anhänger Kosziuskos ins Exil. In Lenasus Lied vom Polenflüchtling irrt der Held „im quellenarmen Wüstensand arabischer Nomaden“:

Ein Polenheld und grollt stül,
Daß noch sein Herz nicht brechen will.
An einer Oase schläft er schließlich ein,
Eine Beduinenchar findet ihn:

Ste sehen der Narben Heiligum
Auf blasser Stirn und Wange;
Dem Wüstensohn zu Herzen geht
Des Unglücks stille Majestät.

Als er aufweckt, grüßen sie ihn mit Liebe und einem Gesang, der von „Blutrache, nach der Väter Brauch“, nur so dröhnt. Anfangs lamscht der Flüchtling entrückt, dann packt ihn entsetzliches Heimweh:

Doch nun der Pole schärfer lamscht,
Sinds fremde, fremde Töne;
Was ihn im Waffenglanz umrauscht,

Krisenelend in Hitlerdeutschland

Für 6 Milliarden Mark Nahrungsmittel weniger!

Sie haben's geschafft! So lange haben die Nationalsozialisten mit ihren eisenbeschlagenen Stiefeln auf der deutschen Handelspolitik herumgetrampelt, bis es ihnen gelungen ist, den Ueberschuß der Ausfuhr und damit fast die einzige Devisenquelle der deutschen Wirtschaft zum Verschwinden zu bringen. Zum ersten Male seit vier Jahren, seit dem Februar 1930, ist im Januar die Außenhandelsbilanz passiv geworden. Die Einfuhr war um 31 Millionen Reichsmark größer als die Ausfuhr. Der Dezember 1933 hatte noch einen Ausfuhrüberschuß von 49 Millionen. Im Januar ist also eine Verschlechterung

um rund 80 Millionen eingetreten. Die Einfuhr ist gegen den Vormonat nur um 7 Millionen, von 374 im Dezember auf 381 im Januar gestiegen, während die Ausfuhr um nicht weniger als 74 Millionen, von 427 auf 350, also um ein Sechstel, zurückgegangen ist.

Das Erschreckende ist dabei der beständige Rückgang des gesamten Außenhandels, wobei aber die Ausfuhr sich noch viel schneller vermindert als die Einfuhr, trotz der exorbitanten Drosselung der Lebensmittelaufnahme durch die nationalsozialistische Agrarpolitik. Man vergleiche folgende Tabelle:

On MILL. RM)	Einfuhr				Ausfuhr				Saldo	
	Hauptgruppen				Hauptgruppen					
	Lebensmittel und Getreide	Rohstoffe u. Halbfert. Waren	Fertigwaren	Gesamteinfuhr	Lebensmittel und Getreide	Rohstoffe u. Halbfert. Waren	Fertigwaren	Gesamtausfuhr		
Monatsdurchschnitt	1929	318	600	180	1121	59	244	819	1124	+ 3
"	1930	247	459	150	866	40	204	753	1003	+ 137
"	1931	164	289	102	560	30	151	615	800	+ 240
"	1932	124	201	61	389	17	86	374	479	+ 89
"	1933	90	202	56	350	14	75	316	406	+ 56
Ganz. Jahr	1931	1970	3472	1225	6632	359	1814	7380	9600	+2967
"	1932	1527	2412	727	4666	218	1032	4489	5739	+1073
Januar	1933	101	214	51	368	16	75	299	391	+ 28
Dezember	1933	104	208	60	374	18	74	331	424	+ 49
Ganz. Jahr	1933	1082	2420	670	4204	172	903	3787	4871	+ 667
Januar	1934	89	233	56	391	13	78	259	350	- 31

Das Sinken der Einfuhr, das während des Jahres 1933 anhält, beweist zur Genüge, daß von einer wirklichen Belebung der Konjunktur in Deutschland nicht die Rede sein kann. Dazu kommt eine Verschiebung innerhalb der Masse der eingeführten Güter.

Stark vermehrt hat sich die Einfuhr für den Bedarf der Rüstungsindustrie; die Einfuhr von Eisen, Eisen, Kupfer, Nickel, Celluloseholz hat sich zum Teil verdoppelt und verdreifacht. Auch die Einfuhr von Textilrohstoffen hat sich infolge der Sonderkonjunktur für Textilien durch den starken Bedarf an Uniformen gesteigert.

Auf der anderen Seite trifft der Rückgang in der Ausfuhr — die Januar-Ausfuhrziffer ist die niedrigste seit 1929 — fast ausschließlich den Export von Fertigwaren; Deutschland ist im Begriff, das zu verlieren, was seine wirtschaftliche Stärke war: es hört immer mehr auf, industrielles Veredelungsland zu sein. Das war aber die Bedingung für die Beschäftigung von Millionen hochqualifizierter und am höchsten entlohnter Arbeiter, für deren künftige Unterbringung die sehr beschränkten Erweiterungsmöglichkeiten des Binnenmarktes in keiner Weise Ersatz bieten können.

Der Absturz ist schrecklich! Betrug doch die Gesamtausfuhr auf ihrem Höhepunkt im Jahre 1929 noch 13,5 Milliarden Reichsmark, davon die Fertigwarenausfuhr 9,8 Milliarden, während sie 1933 auf 4,9, resp. auf 3,8 Milliarden gefallen ist!

Mit der Verringerung des Außenhan-

dels ist nun auch der Ueberschuß der Handelsbilanz immer stärker zurückgegangen. Betrug er 1931 fast 3 Milliarden (genau 2967 Millionen) und 1932 immerhin noch 1073 Millionen, so 1933 nur 667 Millionen, eine Summe, die nun tatsächlich zur Erfüllung der deutschen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr ausreicht. Aber selbst diese Summe wird sich im laufenden Jahre noch erheblich vermindern.

Jedenfalls hat die stetige Abnahme der Aktivität der Handelsbilanz bereits zu einer weiteren Schwächung der Reichsbank trotz dem Moratorium geführt. Sie hat in den beiden ersten Februarwochen 42 Millionen Gold verloren: die gesamten Deckungsmittel, Gold und Devisen, betragen jetzt nur noch 343 Millionen, die Notendeckung betrug am 15. Februar 10,4 Prozent. Dabei verschlechtert sich auch der Wechselbestand der Reichsbank immer weiter. Er besteht zugunsten der Reichsbank zu einem immer größeren, wenn auch natürlich nie genau bezifferten Teil aus dem Arbeitsbeschaffungsverkehr, also aus einer Art Schatzwechseln, deren Einlösung ganz und gar von der künftigen Finanzlage des Reiches abhängen wird, die, wie man weiß, prekär genug ist.

Es ist natürlich, daß unter diesen Umständen Herr Schacht immer neue Anstrengungen macht, von den Gläubigern Deutschlands Zugeständnisse zu erhalten. Er hat damit wenig Glück. Kürzlich haben wir berichtet, daß die Regelung mit den lang- und mittelfristigen Gläubigern Deutschlands damit abgeschlossen hat, daß die Reichsbank für das erste Halb-

jahr etwa 30 Millionen mehr an Devisen zahlen müssen. Aber auch das eben erneute Transfer-Abkommen mit den kurzfristigen Gläubigern hat die Hoffnungen nicht erfüllt. Schacht wollte eine neue Ermäßigung der Zinsen. Das ist nicht gelungen. Er mußte froh sein, daß die Gläubiger in eine Hinausschiebung der Rückzahlung bestimmter, von der Golddiskontbank garantierter Teilbeträge willigten, wodurch die Reichsbank monatlich etwa 15 Millionen an Devisen sparen dürfte. Von einer Stärkung des Goldbestandes — dem eigentlichen Ziel Schachts — ist aber keine Rede und Herr Röhm, der Rüstungsorganisator, der so gut für die Lageransammlung von Eisen, Kupfer, Nickel, Cellulose und Baumwolle zu sorgen weiß, wird von dem Mißerfolg sehr wenig erbaut sein; denn Gold gehört nun einmal — und erst recht nach den abschreckenden Erfahrungen der Kriegsfinanzierung mittels Inflation, die sich nicht so leicht im genügenden Ausmaß wiederholen lassen — zu der wichtigsten Voraussetzung der Kriegsführung.

Die negative Aussage über die Wiederbelebung der Konjunktur, die in der Einfuhrstatistik enthalten ist, wird auch von der Statistik über die Umsätze des Einzelhandels bestätigt. Zwar ist das amtliche Konjunkturinstitut zu Optimismus verpflichtet und behauptet, daß die Umsätze des Einzelhandels im Dezember um 4 Prozent höher lagen als im Dezember des Vorjahres. Die Steigerung betrifft mit 13 Prozent die Bekleidung und Textilien (Uniformen!) und mit 15 Prozent den Hausrat, was das Institut auf die Zunahme der Eheschließungen infolge der Ehestandsbeihilfen zurückführt.

Aber die Umsätze von Nahrungsmitteln und Genussmitteln lagen um 1,4 Prozent unter Vorjahreshöhe, während bei normaler Konjunktorentwicklung gerade diese hätten in die Höhe gehen müssen!

Weit charakteristischer als die Dezemberzahlen sind aber die Zahlen für das Jahr 1933. Der Umsatz war um 6 Prozent niedriger als im Vorjahre. Selbst in den beiden Zweigen der ausgesprochenen Sonderkonjunktur, bei Bekleidung und Hausrat, liegen sie noch etwas unter dem Vorjahr. Wie gewaltig und ausdauernd aber die Krisenwirkung ist, geht aus folgenden Angaben des Instituts hervor. Es betragen die Umsätze in Milliarden Reichsmark:

	1929	1932	1933
Nahrungs- und Genussmittel	15,5	10,6	9,7
Bekleidung	10,0	5,9	5,8
Hausrat	4,6	2,4	2,3
Kultur- und Luxusbedarf	4,8	3,1	2,8
Kohlen	1,7	1,1	1,1
Insgesamt	36,6	23,1	21,7

Der Rückgang der Umsätze von 36,6 im Jahre 1929 auf 21,7 im Jahre 1933, also um 15 Milliarden, enthält ein erschütterndes Bild der Krisenwirkung. Es wird noch vertieft durch die Tatsache, daß der Umsatz von Nahrungsmitteln allein um fast 6 Milliarden zurückgegangen ist. Man muß sich doch vor Augen halten, daß dieser Rückgang fast ausschließlich gerade den ärmsten und bedürftigsten Teil des Volkes trifft, der eben an nichts mehr anderem sparen kann als an dem nötigsten Lebensunterhalt!

Angesichts dieser Ziffern immer noch von den siegreichen Arbeitsschlachten, von dem ununterbrochenen Aufstieg reden zu hören, wirkt als immer unerträglicher Provokation!

Sozialismus der Tat?

Die deutschen Gemeinden, die im vorfascistischen Deutschland ihre ganze Kraft der Wohlfahrt zugewandt hatten, sind von Adolf Hitler vor neue größere Aufgaben gestellt worden. So hat der Deutsche Gemeindegang kürzlich durch eine Umfrage festgestellt, welche Maßnahmen zur Bekämpfung des Bettelunwesens sich in den Städten als besonders wirksam erwiesen haben. Dabei konnte ein voller Erfolg der von der Reichsregierung angeregten Aktion ermittelt werden.

„Als besonders wirksam haben sich die

Razzien gegen Bettler erwiesen, die von der Polizei vielfach gemeinsam mit SS. und SA. durchgeführt worden sind. So ist in München an einem bestimmten Stichtag durch Einsatz aller verfügbaren Polizeikräfte eine Sistierung der Bettler im weitestem Umfange erfolgt.“

Gegen die Bettler ist mit Schutzhaft und Strafanzeige eingeschritten worden. Wer wagt es, noch daran zu zweifeln, daß der „deutsche Sozialismus“ marschiert!

Krieg, Krieg!

Ein Inserat im Lande der „friedlichen“ Braunhemden, das Bände spricht:

Bauwelt, Heft 6, heute erschienen! Aus dem Inhalt: Der Schutz gegen Sprengbomben bei Neubauten ..

Sie können nicht einmal mehr Wohnhäuser bauen, ohne an den Krieg zu denken! Der Krieg beherrscht alles — die Reklame wie das Kinderspiel. Eine Stiefelwischfirma inseriert:

„Echte Kriegsbilder nach dem amtlichen Material des Reichsarchivs erhalten Sie beim Einkauf folgender Erzeugnisse ..“

Häuser mit Sprengbombenschutz, Stiefelwische mit Kriegsbildern!

Front des Geistes

Neue bemerkenswerte Veröffentlichungen.

Die „Tribüne“, die Monatsschrift der Deutschen Sozialdemokratischen Partei in der Tschechoslowakei veröffentlicht in Nummer 2 einen Aufsatz von Josef Hofbauer über Oesterreich und einen Aufsatz von Dora Dennis über die Bedeutung des belgischen Planes der Arbeit für die Internationale.

Im „Neuen Tagebuch“ Nr. 7 richtet Leopold Schwarzschild folgende Mahnung an die französischen Sozialisten:

„Der Impetus des deutschen Angriffswillens und die Progression der deutschen Angriffsfähigkeit werden von den Führern des französischen Sozialismus ebenso unterschätzt, wie von Daladier und Paul-Boncour. Und die Sozialisten hätten doch ganz besonderen Anlaß, sich klar darüber zu werden. Denn für sie wäre ein Hillersieg über Frankreich, sei es durch Gewalt, sei es durch Kapitulation das absolute Ende; und sie vor allem müßten wissen, oder müssen sich informieren, daß ein Hillersieg absolut möglich ist, sie am wenigsten dürften die Gefahr leicht nehmen.“

Das „Internationale Ärztliche Bulletin“ Nr. 2 bespricht da Bonhoeffer Gutachten im Fall Lubbe. Die Besprechung kommt zu folgendem Schluß:

„Der berühmte Sachverständige, Professor Bonhoeffer, hat keinen Irrtum im guten Glauben begangen. Man muß vielmehr feststellen, daß er ein falsches Gutachten erstattet hat unter dem Zwange moralischen Terrors, der den Mediziner und Psychiater in den Henker seines Kranken verwandelt hat. Ein solcher Arzt prostituiert die deutsche Wissenschaft und entlarvt das verbrecherische Regime in den Augen der ganzen zivilisierten Welt.“

Von der satirischen Wochenschrift „Der Semplicus“, die in Prag herausgegeben wird, ist inzwischen Heft Nr. 4 erschienen.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: „Graphia“; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933.

Der „Neue Vorwärts“ kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR. Kf 1,40. (für ein Quartal bei freier Zustellung Kf 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kf 2.— (Kf 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0,30 (3,60), Belgien Frs. 2.— (24.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Gld. 0,30 (3,60), Deutschland Mk. 0,25 (3.—), Estland E. Kr. 0,22 (2,64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1,50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0,15 (1,80), Italien Lit. 1,10 (13,20), Jugoslawien Din. 4,50 (54.—), Lettland Lat. 0,30 (3,60), Litauen Lit. 0,55 (6,60), Luxemburg B. Frs. 2.— (24.—), Norwegen Kr. 0,35 (4,20), Oesterreich Sch. 0,40 (4,80), Parästina P. Pf. 0,018 (0,216), Polen Zloty 0,50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Sanrgebiet F. Fr. 1,50 (18.—), Schweden Kr. 0,35 (4,20), Schweiz Frs. 0,30 (3,60), Spanien Pes. 0,70 (8,40), Ungarn Pengö 0,35 (4,20), USA. Dollar 0,08 (0,20).

Einzahlungen können auf folgende Post-scheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.097. Ungarn: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Karlsbad. Konto „Neuer Vorwärts“, Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad. Konto „Neuer Vorwärts“, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.

Konferenz aufgerufen. Anwesend waren ca. 70 bis 80 Prozent Juden, die übrigen waren andere, sogenannte Arier. Die zu der Zeit höchstens Persönlichkeiten wie Lord Kitchener, Lord Grey, Fürstenberg von der Deutschen Bank, Ballin, Ebert, Clemenceau usw. waren anwesend, und wir wußten nun auch den Grund, warum wir vorher so genaue Instruktionen bekamen. Insgesamt waren es ca. 1500 Personen und einer kannte den anderen wie Brüder. Hier hat die Weltfreimaurerei den größten Kongreß einberufen und ich behaupte, daß es hier um das Schicksal Deutschlands ging.“

Rasseschänder Marx — Wie er unter den Mädchen von Mosbach hauste.

„Der Jude Marx beschuldigte die Nichtjüdin. Er sagte, sie wäre mit allem einverstanden gewesen, ja sie hätte ihn dazu verleitet und aufgefordert. (Der „keusche“ Josef aus Aegyptenland bediente sich schon dieses Tricks.) Der gleichrassige Rechtsanwalt Hanauer, den sich der Rasseschänder genommen hatte, unterstützte ihn dabei tatkräftig und verständnisvoll. Aber es gelang ihnen nicht, das Gericht zu verblüffen. Angesehene Nichtjuden traten für den Ruf des Mädchens ein. Der Jude wurde überführt. Er erhielt eine sehr gelinde Strafe. Würde

zu nur sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Und hat doch ein Verbrechen begangen, bei dem die Todesstrafe am Platze gewesen wäre.

Eines steht fest. Der Jude Wilhelm Marx ist ein notorischer Rasseschänder. Ein geborener Sittlichkeitsverbrecher. Gegen Rasseschänder und Sittlichkeitsverbrecher ist ein neues Gesetz geschaffen. Es soll das deutsche Volk, soll die arische Rasse schützen. Es ist das Gesetz der Entmannung. Auf Grund unserer Kenntnis in der Judenfrage sind wir der Ansicht, daß eigentlich alle Juden entmannt werden müßten.“

Statistik der Ritualmorde. — Ein grauenvoller Nachweis jüdischer Verworfenheit.

„In verschiedenen Geschichtswerken finden sich ganz bestimmte und genau belegte Angaben über Ritualmorde. Ich habe die fürchterlichen Tabellen zusammengestellt und möchte damit zeigen, wie in 1500 Jahren allein 92 Kinder und 23 Erwachsene unter dem schänderischen Messer verblutet mußten, ungeachtet der Unzahl der Verbrechen, die niemals ans Tageslicht kamen, die wir nur ungefähre ermitteln können, wenn wir aus der Vermisstenstatistik die Zahl der Kinder feststellen, die um die Zeit des jüdischen Passahfestes verschwanden.“